

Der Sozialistische Kämpfer

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Preis für den Monat drei Hör 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. ohne Aufstellungsgebühr! Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Genossenschaftsnummer 17239 / Postfach 13555, Emil Schlegel-Straße 2 / Vom Dresden Nr. 17239 / Druckerei: "Arbeiterstimme", Dresden-A. / Briefmarken: "Arbeiterstimme", Dresden / Briefmarken der Republik: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuromal gespaltene Nonpareille-Zelle oder deren Raum 0,30 RM., für Familienzettel 0,20 RM., für die Fleisszelle anschließend an den dreigeteilten Zeitteilenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme bis vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A. Güterbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Mittwoch, den 9. Februar 1927

Nummer 33

Gärtner Bürgerblock gegen die Erwerbslosen

Die Rolle der SPD

Bei der Behandlung der kommunistischen Erwerbslosenanträge im Sachsen Landtag stand nicht nur der Bürgerblock, wie nicht anders zu erwarten war, geschlossen gegen diese Anträge, sondern auch die SPD leistete dem Bürgerblock Hilfestellung. Später bei der ersten Beratung über die oben genannten Erwerbslosenanträge zeigte es sich, daß alle bürgerlichen Parteien, sowie die SPD weiter nichts übrig haben für die Erwerbslosen, als Worte. Die Kommunistische Partei wies jedoch mit Recht schon im Wahlkampf darauf hin, daß auch der neue Landtag die alte Politik der kapitalistischen Ausbeutung fortsetzen wird, und daß die beste Garantie, die Fortdauer der Erwerbslosen durchzusetzen, nur im Zusammenstreit aller Rechtstypen zum Sturze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung führt.

Eine wichtige Etappe auf diesem Weg ist vor allem auch die Einführung der freien Gewerkschaften und ihre Befreiung von den Fesseln der USPD. Auch bei der Behandlung der kommunistischen Erwerbslosenanträge im Landtag zeigten diese Berater erneut, daß sie durch dick und dünn mit dem Bürgerblock auch vereinbart gehen werden.

Wenn die USPD den sozialdemokratischen Antrag unterstellt, in gehabt dies erlens aus taktischen Gründen und zweitens möchte die USPD, daß ein solcher Antrag, wie er von der KPD gestellt wurde, der Bürgerblocklosen keinen Zahn herausschneidet.

Der Antrag der kommunistischen Fraktion (Drucksache Nr. 15), der nach der ersten Beratung im Plenum dem Haushaltssatzung B überwiesen wurde, stand in der Landtagssitzung vom 8. Februar zur zweiten Beratung und wurde vom Bürgerblock und der SPD abgelehnt.

Was fordern die Kommunisten in ihrem Antrag:

Erstens, der Landtag möge beschließen, die Regierung zu bewilligen, daß der Reichsregierung die sofortige Ausschaltung der vom Reichstag beschlossenen 30 bzw. 20 Prozent Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, sowie eine generelle Unterhaltung von 50 Prozent. Diese 50prozentige Erhöhung der Erhaltung der Erwerbslosenunterstützung wurde besonders im sozialdemokratischen Ausdruck des Reichstags auch von den Sozialdemokraten unterstützt. Aber mit Rücksicht auf ihre Positionspunkte ließ die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre im Ausdruck vertretene Forderung im Plenum des Reichstags fallen. Es wurde eine Erhöhung von 30 bzw. 20 Prozent beschlossen. Die Reichsregierung hat diesen Beschluss der "Bolzovertrag" natürlich nicht durchgeführt. Sie handelt in diesem Sinne ähnlich wie das gehäftsführende Heidt-Kabinett später in Bezug auf die vom Landtag beschlossenen 10 000 000 Mark.

Unser Antrag im Landtag verlangt deshalb unter anderem, daß die bürgerliche Regierung von der Reichsregierung fordern soll, die bereits beschlossene Erwerbslosenunterstützung rückwirkend ab 8. November sofort auszuweichen.

Zweitens fordern wir, daß allen Erwerbslosen eine einmalige Leihhilfe von 50 RM. bis zu 12 Wochen und 75 RM. über 12 Wochen Erwerbslosigkeit, sowie jedem Familienmitglied 10 RM. zu gewähren seien; außerdem Belieferung der Erwerbslosen mit Lebensmitteln, Heuerungsmaterial und Milch für Kinder.

Die Bürgerblockregierung behauptet, es sei dafür kein Geld vorhanden. Wir haben gegenwärtig in Sachsen rund 200 000 Erwerbslosenunterstützungsempfänger. Würde jeder einzelne Erwerbslose eine einmalige Leihhilfe von 100 RM. erhalten, so wären das etwa 20 000 000 RM. Der neue Polizeistatist für das Jahr 1927 sieht aber allein die Summe von 43 245 210 RM. vor; also die Polizei ist Geld vorhanden, für die Erwerbslosen nichts.

Drittens verlangen wir, daß die Erwerbslosen eine einmalige Leihhilfe von 50 RM. bis zu 12 Wochen und 75 RM. über 12 Wochen Erwerbslosigkeit, sowie jedem Familienmitglied 10 RM. zu gewähren seien; außerdem Belieferung der Erwerbslosen mit Lebensmitteln, Heuerungsmaterial und Milch für Kinder.

Es ist außer Zweifel, daß die Hausagraristen zulässiglos gegen möglichst viele Mieter vorgehen, wenn sie durch lange Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit oder Krankheit mit ihrer Miete im Rückstand bleiben, und die Richter unterstützen die Hauswirte in ihrem Kampfe gegen die Mieter.

Vierstens verlangen wir, daß alle Erwerbslosen im Freistaat Sachsen nur zweimal stempeln gehen sollen.

Fünftens, daß Erwerbslosen und Fürsorgeempfänger, allen über 10 Jahre alten Personen ihr aufgewertetes Sparguthaben losfrei auszuzahlen ist.

Schon bei der Behandlung dieser Fragen im Ausdruck B war es ein Vertreter der SPD, der diese unsere Forderung als überauslich ansah. Diejenigen Ausführungen des SPD-Nebenzahl, daß selbstverständlich der Abgeordnete Lippe von der Deutschen Volkspartei an.

Leider ging natürlich noch weiter und erklärte sogar, daß die Erwerbslosenfürsorge eine politische Gefahr bedeute.

Von der SPD wurde im Ausdruck - um doch wenigstens etwas zu tun - ein Antrag gestellt, welcher besagte, die bürgerliche Regierung zu erlauben, bei der Reichsregierung für die Erhaltung der Unterstützungsrate der Erwerbslosen einzutreten.

Dieser dem Bürgerblock ungünstige Antrag wurde im Ausdruck sowie im Plenum mit Hilfe der USPD auch angenommen.

Die Aufwarter, die im Ausdruck für den sozialdemokratischen Antrag eingingen, stimmten bei der Schlussberatung im Plenum dagegen.

Der Vertreter der Wirtschaftspartei vertrat die Meinung, daß die Not der Erwerbslosen gar nicht so groß sei, wie sie die Kommunisten hielten und daß der Mittelstand noch viel schlechter bestünde.

Seine Rede war eine einzige Schimpfanade gegen die KPD, und er wurde mit Recht am Weiter sprechen gehalten.

Deutschnationaler Volfsbetrug

Ein Rückzug manöver zur Rettung der Ministerfinne

Die wirtschaftlichen und politischen Widersprüche innerhalb der Parteigruppierungen, die in Sachsen die Bürgerblockregierung bilden, brechen täglich aus neue durch. Die Auswertungspartei und die Böllischen sind bei einer Reihe Abstimmungen bereits mehrfach aus der Bürgerblockfront ausgetragen. Die Deutschnationalen haben besonders bei der Regierungsbildung unter dem Druck der Auswertungspartei auf die Belebung eines Ministerpostens verzichten müssen. Nach Vereinbarungen mit den Koalitionspartern sollen die Deutschnationalen am 1. Juni als Minister in das Kabinett einrücken. Deshalb der Streit um Küllz. Der abgesagte Schmuz- und Schandminister soll nach dem Wunsche der Demokraten in Sachsen Aushilfeminister werden. Tritt Küllz sein Amt als Innensenator in Sachsen erst an, dann würden die Deutschnationalen, daß er auf seinem Sessel so fest sitzen wird, daß sie ihn nicht wieder herunterbekommen. Aus diesem Grunde auch die Opposition der Deutschnationalen gegen Küllz' Berufung als Innensenator. Wie die Entscheidung auch fallen wird, unter allen Umständen werden sich die Deutschnationalen für die Teilnahme am Bürgerblock gut begehren lassen.

Inzwischen haben sich die Deutschnationalen wieder einmal gründlich blamiert. Kurz vor der Regierungserklärung brachten die Deutschnationalen einen Antrag auf Belebung der Ministerposten ein. Nach diesem Antrag sollten die Minister, wenn sie nicht aus dem Berufbeamtenamt hervorgegangen sind, weder Uebergangsgeld noch Pension erhalten. Im Jahre 1924 wurde im Gesetz über die Dienststellung der Minister eine Änderung von der Großen Koalition durchgeführt, die die Pension des Ministerpräsidenten Heldt sicherstellen sollte. Der deutschnationalen Antrag hätte in der Praxis Heldt um seinen Judaslohn gebracht.

Der Abgeordnete Lippe bekam nicht den Mut, seine Ausschreibungen im Ausdruck auch im Plenum zu wiederholen; aber Dr. Edvard (Deutschnational) erklärte, daß die Erwerbslosen zum Teil noch ein Gehöft machen könnten.

Die Argumente der sozialdemokratischen Fraktion gegen unseren Antrag waren tendenziell. Sie gaben sich zufrieden mit der Vorlage der Bürgerblockregierung; ihr Sprecher erklärte, daß die Erfüllung von Mietzinssteuer durch die Erwerbslosen nicht erzielte.

Aber die Erwerbslosen sind anderer Auffassung. Sie wissen, daß sie Mietzinssteuer bezahlen müssen, wenn mehrere Familienmitglieder jüngst Einkommen haben, daß die Freigrenze überschritten wird.

In Bezug auf die Erwerbslosen nur einmal wöchentlich stampfen lassen, erklärte die SPD, daß in den meisten Fällen die Erwerbslosen nur einmal in der Woche stampfen zu geben brauchen. Auch in dieser Frage werden die Erwerbslosen am besten beurteilen können, ob diese Forderung der kommunistischen Fraktion berechtigt ist und wir konnten auch den Nachweis erbringen, daß nur mit ganz wenig Ausnahmen die Erwerbslosen im Kreislauf Sachsen mindestens dreimal wöchentlich stampfen gehen müssen.

Die Regierung lehnt selbstverständlich auch diese Forderung категорisch ab, sie fund hier eine Stütze bei der sozialdemokratischen Partei.

Zu den übrigen Forderungen, die in unserem Antrag enthalten waren, schwieg sich die sozialdemokratische Partei aus.

Die kommunistische Fraktion wies bei der Schlussberatung mit Recht darauf hin, daß wir in den Erwerbslosenunterstützungsaufgaben der Haltung des Bürgerblocks und der SPD zu den kommunistischen Erwerbslosenforderungen bestimmt waren und wir zweifeln nicht daran, daß die Erwerbslosen diese von uns gestellten Forderungen - nicht wie die SPD - als übermäßig betrachten, sondern daß sie gemeinsam mit der Kommunistischen Partei für diese Forderungen kämpfen werden.

Genau so, wie es den Erwerbslosenräten vorgesehen ist, ging es auch den Anträgen der KPD in Bezug auf die Arbeitszeit und der Erwerbslosenfürsorge.

Der Bürgerblock hat also gleich zu Anfang seines Bestehens erneut sein reaktionäres Gesicht gezeigt. Um so mehr ist es Aufgabe der Erwerbslosen - in Verbindung mit den in Arbeit stehenden - die außerparlamentarischen Kräfte zu mobilisieren und mit dem allgemeinen Kampf der Arbeiterklasse um Lohn und Arbeitszeit Kampf gegen den Bürgerblock und für die Auflösung des Landtags zu organisieren.

Bom Wirtschaftskriegschauplatz Wachsender Kampfeswillen der Metallarbeiter

Leipzig, 9. Februar. (Eigene Brachmeldung) Die Anordnung der Gesamtversammlung der sächsischen Metallarbeiter erfolgte von den Unternehmen in ultimativer Form. An den DMW wurde mitgeteilt, daß die Streikenden in Leipzig spätestens Freitag früh die Arbeit aufnehmen und die 32-Stundenarbeitszeit annehmen müssen, währenddessen die Generalauskunftsvertrag ab Montag erfolgt. Dieses Ultimatum hat unter den Vorzüglichen Metallarbeitern die Kampfeswillenheit ungeheuer gestärkt.

Zwischen den Regierungsparteien hat über den Antrag der Deutschnationalen inzwischen ein lebhafter Auseinandersetzung stattgefunden. Zunächst haben die Deutschnationalen die Ablehnung ihres Antrages von der Tagessordnung erreicht. Nunmehr haben sie ihren Antrag abgeändert den Landtag erneut vorgelegt. In der heutigen Fassung kommt der demagogische, volksbeträgerische Charakter des Antrages noch viel offensichtlicher zum Vorschein. Es geht den Deutschnationalen bei ihren Anträgen zur sogenannten Vereinfachung und Sparmaßnahmen in der Staatsverwaltung nicht um wirkliche Ersparnisse. Die Weite des Beamtenabbaus hat gezeigt, daß alle "Ersparnisse" in der Staatsverwaltung auf Kosten der arbeitenden Beamtenchaft und letzten Endes der breiten Massen durchgeführt werden. Vorranglich kann es gar nicht genug Ministerposten geben, wenn die Deutschnationalen in die Regierung hineingehen. Und die Mittel für Reichswehr, Marine, Polizei und Justiz können den Deutschnationalen nie hoch genug sein.

In dem abgeänderten Antrag der Deutschnationalen über die Ministerposten übersteigt jedoch die Demagogie der Deutschen Nationalen alles bisher Dagewesene. In dem Antrag ist als neu folgender Absatz eingefügt worden:

"Durch die neuen Bestimmungen sollen die den bisherigen Ministern und ihren Hinterbliebenen zugesicherten Ansprüche nicht berührt werden. Was die Dauer und Höhe der Nebengehaltsförderung und die Höhe der Ruhegehaltsförderung beim Auftritt des neuen Gesetzes im Amt befindlichen Minister und ihren Hinterbliebenen anlangt, so soll es angehoben werden, als wenn die Minister am Tage vor dem Inkrafttreten des Gesetzes aus ihrer Stellung geschieden wären."

Auso eine Pensionsgarantie für die Bürgerblockminister! Das ist der Sinn des deutschnationalen Antrages. So sieht die "Sparmaßnahmen" der Deutschnationalen aus. Die Kommunisten werden den schwarz-weiss-roten Volksbeträger die Antwort nicht schuldig bleiben.

Die Metallarbeiter fordern vom DMW, daß die Kampfansage der Metallindustrie mit der Annahme des Kampfes auf der ganzen Linie beantwortet wird. Die sächsischen Metallarbeiter sind entschlossen, den Kampf um den Achtstundentag bzw. die 48-Stundenwoche bis zum Siege durchzuführen. Allgemein wird den Kommunisten recht gegeben, die schon am Anfang die Verbreiterung des Kampfes verlangten. Die Metallarbeiter sind entschlossen, sich einem Schiedsgericht zu legen, der nicht die 48-Stundenwoche wieder herstellt. Die Erwerbslosen, sowie die übrige Arbeiterschaft stehen dem Kampf der Metallarbeiter voller Solidarität gegenüber.

Zum Schiedsspruch in der Textilindustrie

Den sozialdemokratischen Textilarbeitern ist großes Heil widerfahren. Einer der beiden, der sozialdemokratischen Brandts als Schlichter der bürgerlichen Bürgerblockregierung einen Schiedsspruch über die Arbeitszeit in der Textilindustrie gefüllt. Nach demselben sollen die Textilarbeiter wöchentlich 5 Überstunden für 5 Prozent Aufschlag und Nacharbeit für 15 Prozent Aufschlag leisten. Der Schiedsspruch ist ein Faustschlag in das Gesicht der um den Achtstundentag ringenden Arbeiterschaft. Er reiht sich würdig den Taten an, die die drei sächsischen sozialdemokratischen Schlichter bisher vollbracht haben. Für die Arbeiterschaft kann es deshalb nur heißen:

Hinweg mit diesen Versöhnen an der Arbeiterschaft!

Die arbeiterfeindliche Tätigkeit dieser drei Sozialdemokraten war auch für die kommunistische Landtagssitzung der Anlaß, bereits im alten Landtag den unten abgedruckten Antrag zu stellen. Die Beratung desselben wurde durch den Gegenwartsgenosse der drei Schlichter, den damaligen Landtagspräsidenten Winkler, der Angehöriger des Textilarbeiterverbandes ist, über ein Jahr verschleppt. Am 26. November vorjähriges Jahres hat die Fraktion den Antrag erneut eingereicht. Angeschlossen des angeborenen Schiedsspruchs für die Textilarbeiterkraft wird die Fraktion erneut auf die Beratung des Antrages dringen. Er lautet:

Die im Auftrag der sächsischen Regierung tätigen drei Schlichter, Regierungsräte Haack, Brandt und Wanitschka, geraten mit ihrer Tätigkeit immer mehr in Widerstreit zu den organisierten Arbeitern. In einer ganzen Reihe von Gewerkschaftsversammlungen haben die Arbeiter gegen die Schlichter protestiert, weil alle Spülche und Nacharbeitsförderungen der Schlichter dem Interesse der sächsischen Unternehmer dienen. Die Tätigkeit der Schlichter war nur die gesetzliche Sanktionierung schärfster Ausbeutung der Arbeiter zu niedrigeren Lönen und längerer Arbeitszeit. Dem größeren Blend der Arbeiter und ihrer Familien wurde der Antritt der Gewerkschaft verliehen. Die Arbeiterschaft verlangt aber mehrere Schicht, höhere Lohn, längere Arbeitszeit und Willkürbemerkungsrecht in den Betrieben. Der Landtag wolle deshalb beschließen:

Die jetzt in Sachsen tätigen Schlichter Haack, Brandt und Wanitschka werden von ihren Polen als Schlichter entfernt.

Zwischen ist der Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden.

Passive Ressilienz im Tiroler Bergbau

Innsbruck, 9. Februar. In den Tiroler staatlichen Bergwerken und Montanbetrieben ist heute wegen unerfüllter Lohnforderungen die passive Ressilienz ausgebrochen.

Der Kapp-Zittwitz-Minister

Reichsverordnung gegen Eber-Bauer

Dem von Marx ernannten Reichsinnenminister v. Kneudell ist vom Zentrum das Vertrauen ausgesprochen worden. Kapp, so berichtet der Berliner Montags-Morgen, habe in diesem Sinne auf keine Aktion eingewirkt, da die Deutchnationalen bei einem erzwungenen Rücktritt v. Kneudells den Bürgerblod spätestens hätten. Die von Marx dem Reichstag zugesagte „Untersuchung“ gegen seinen Innensenminister ist also ein freier Bleib. Das Zentrum möcht’ ncheinige Sache mit einem so großen Blatt. Das Dokument, das den republikanischen Innensenminister zu einem Kappebellen stempelt, hat folgenden Wortlaut:

Zweites Sonderblatt.

Seit Nr. 22 des Amtlichen Kreisblattes für den Königlichen Kreis.

Königsberg am 18. März 1920.

Königsberg in der Neumark, den 15. März 1920

Bekanntmachung.

Wegen des Gesetzes über den Ausnahmezustand verfügt ich im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für den Bereich der Brigade 5, Kreis Marien, Königsberg-Ost und Westerhagen, Stadtteil Frankfort an der Oder, Soldin, Königsberg in der Neumark, Landkreis Friedeberg, Grunau, Glonau, Kreisstadt, Grünberg, Friedland, Tornow, Weißkirch, Schwerin an der Warthe;

§ 1. Verboten sind der Druck, öffentliche Verbreitung aller Tafelromane, Blätter, Erklärläppchen, Flugblätter und Zeitel oder ähnlicher nicht vorläufig erhellender Blätter, die irgendwelche Anordnungen oder Kundgebungen der ehemaligen Regierung Ebert-Vater enthalten.

§ 2. Zu widerhandlungen gegen dieses Verbot, z.B. Verförderung und Verbreitung hierzu werden können die bestehenden Geforce keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefangenshaft oder Geldstrafe bis zu 15.000 Mark bestraft.

Frankfurt a. d. Oder, 14. März 1920.

Der Militärbehördehauer: Kreisfah. v. Grüter, Generalmajor Kav. Brigade 5, 5. 1. K. R. Nr. 982.

Veröffentlichung: die Ortsbehörden erlauben ich sofortige Weiterverbreitung zu lassen.

Der Landrat: v. Kneudell.

Aber v. Kneudell ist Innensenminister Tauf des „Reichsbannerkameraden“ Marx und seiner Partei!

Gie soll „untersuchen“

Die Untersuchung gegen v. Kneudell soll nicht noch juristischen, sondern „rein politischen“ (1) Geschäftszwecken vor sich gehen. Zum Mitarbeiter hat der Reichsanziger Marx den Erminister für „Schund und Schmug“ — Kühl (1) anzusehen.

Gie bringen sich selbst um

Die sozialdemokratische Partei-correspondenz veröffentlichte in diesen Tagen zwei Artikel über die Vorgänge im Reichstag, die den Kampf der SPD gegen die Kneudell-Regierung einleiteten. Diese Artikel bilden zugleich eine Art Kommentar zu dem Aufruf des Parteivorstandes gegen den Bürgerblod. Der eine Artikel endet mit folgenden Sätzen:

„Spätestens die herannahende Abrechnung der Reichstagswahlen wird unser Triumph erleben. Bis dahin aber: Spies voran, drauf und dran!“

Der andere Artikel schließt mit den Worten:

„Es ist die Regierung des Klassenkampfes von oben. Wir werden sie durch den Klassenkampf von unten besiegen müssen.“

Vergleichlich sucht man in diesen Artikeln, wie sonst in der SPD-Presse, auch nur die leiseste Andeutung darüber, mit welchen Mitteln die SPD den Klassenkampf von unten führen will. Von Vorhängen darüber, was man selbst machen will, ist nirgendswo die Rede. Die einzige klare Antwort enthält das Hamburger Echo vom 8. Februar, das seinen Reichstagsbericht mit folgenden Worten schließt:

„Läßt sie arbeiten, sie bringen ihr Regiment selbst um, die Parteien des Bürgerblods häufen den Sprengstoff, spätestens die nächste Wahl segt das Feld rein: Wehe den Blockparteien!“

In diesen Worten wird offen der Verzicht auf den wirtschaftlichen Kampf gegen die Bürgerblodregierung ausgedrückt. Die SPD will warten, bis ihre Gegner sich selbst umbringen, statt die Gegner politisch anzugreifen und zu vernichten. Natürlich denken die Bürgerblodparteien nicht daran, sich ähnlich passiv zu halten, wie die SPD. Sie ergreifen ihrerseits die Offensive gegen die Arbeiterschaft. Sie lassen sich dabei durch

Die Weitthe des Imperialismus

Einen Flug durch die Kolonien, durch Länder, die unter der imperialistischen Peitsche leiden, macht der Leiter der neuen AZJ (Nr. 6). Diese Nummer ist dem ersten Kolonialkongress, der zurzeit in Brüssel tagt, gewidmet. Wort und Bild machen den Leiter mit den Völkern bekannt, die nun gegen eine zum Teil schon seit Jahrhunderten erduldete Qual aufgegeben, die wegen ihres Freiheitsdranges von den furchtbaren Vernichtungswerzeugen des modernen Militarismus, unter dem Befehl ungezügelter Habhaft bedroht sind. Der Leiter muß erschauern über die Schänden des Imperialismus, der wie das Raubtief in niedliche Hürden einbricht. Das Volk Indiens wird maträtiert von der englischen Knute. An 20 Millionen Menschen sterben Hungers in einem Jahr unter diesem Regiment. Amerikanisches Kapital, das sich zum Herrscher der Philippinen gemacht hat, behandelt die Eingeborenen schlimmer als Goleerenstrümpfe. Das mordartige Dollarskapital macht hier mit dem Menschenleib sogar noch direkte Handelsgeschäfte. In China ein Aufmarsch englischer Militärmacht, das Drohen anderer kapitalistischer Mächte im Hintergrund, um das chinesische Volk, das die fremden Blutsauger abzuwürgen sich anschickt, in einem neuen unermehrlichen Blutbad niedergurzen, damit es der imperialistischen Auslastung nicht entgleitet. Marokkaner, Lolein-Amerikaner, Koreaner und Vertreter anderer unterdrückten Völker marschieren auf als Anläger gegen die ungeheure Schmach der imperialistischen Blut- und Unterdrückungsherrschaft. Sie treten aber auch auf als Wacker und Mahner im Sinne des Wortes von Karl Marx: Proletariat aller Länder, vereinigt euch!

Eine eigens gezeichnete, mit Illustrationen und höchst interessanten Markierungen verzierte Weltkarte bringt jeden Leser dem Verständnis für die weltpolitische Bedeutung der Kolonialfrage und des Kolonialkongresses näher. Friedliche Bilder aus der Kleinindustrie Mexicos führen uns in ein Land, dessen ungeheuer natürlicher Reichtum zu einem Flug für die Bevölkerung geworden ist, denn der Reichtum hat den amerikanischen Imperialismus als Räuber und Unternehmer ins Land gerufen, gegen den das Volk einen erbitterten Kampf führt. Die Fortsetzung des großen Romans: „Der eiserne Moloch“ von Lemmonier. Abhandlungen über Mutter und Kind, ein kulturhistorischer

kleine parlamentarische Unfälle nicht tößen, sondern verfolgen planmäßig die wirtschaftliche und politische Knebelung der Arbeiterschaft.

Die Sozialdemokratie lädt von vornherein selbst ihre abwartende Taktik noch dadurch, daß sie den härtesten Teilstab des Bürgerblods, das Zentrum, schont und geradezu umschmeichel. Ein bürgerliches Blatt macht darauf aufmerksam, daß der konservative Innensenminister Kneudell von dem Zentrumsmann und Reichskanzler Marx ernannt worden ist. Nach der Reichsverordnung auf die gerade die SPD sich immer beruft, steht die Wahl der Minister allein dem Reichskanzler zu. Marx steht also für Kneudells Ernennung allein verantwortlich. Wie wenig ernst Marx die vor ihm als Beruhigungsmaßnahmen annehmende Unterstellung über Kneudells Heidentaten im Kapp-Büchlein nimmt, geht daraus hervor, daß er den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons mit dieser Unterstellung betraut hat. Simons hat noch vor Kurzem in München gegen die Richter gewettet, die es wagen sollten, die realistische Sprachprozeß der deutschen Justiz auch nur im Einzelfall zu durchbrechen.

Die ländliche SPD, die aus ihrem eigenen Kuhhandel mit den bürgerlichen Parteien dies zur Genüge kennt, schreibt daher im Volksstaat vollkommen richtig:

„Nicht wäre es, zu glauben, daß die Schwierigkeiten, die jetzt beim Einspielen der neuen Koalition sich bemerkbar machen, ein Vorzeichen ihres baldigen Verfalls seien. Davon kann keine Rede sein... Es wäre schlimm, wenn die Oppositionspartei sich Illusionen hingelegt und etwa auf die sicher hoch raffinierten Freundschaftsversicherungen des Zentrums abzureden gelernt hätte.“

Aber die SPD hofft auf das Zentrum und auf den Selbstmord der Bürgerblodregierung. In Wirklichkeit wird die SPD bei dieser Taktik nur ihre eigene Einflusslosigkeit verstärken und die Kraft der proletarischen Klasse schwächen.

Lohnbewegung in den Betrieben

Berlin, 8. Februar. (Telunion.) In den Berliner Brauereibetrieben haben die Arbeitnehmerheimerlich das bis zum 31. Dezember laufende Lohnabkommen gefündigt und eine Erhöhung der Löhne um 1 Mark pro Woche gefordert. Nachdem zunächst das alte Lohnabkommen auf Bedarf der Funktionäre noch einmal einen Monat verlängert worden war, haben jetzt Verhandlungen mit den Arbeitgebern stattgefunden, die sich bereits fortsetzen, bis zum 1. April die Löhne für die Woche um 1,00 Mark und vom 1. April ab bis zum 30. September nochmals um 1 Mark, also insgesamt um 2,50 Mark zu erhöhen. Gestern wurde aber dieser Vorschlag von den Arbeitnehmern abgelehnt, weil das Zugeständnis nicht ausreiche. Die Lohnanmission wurde beauftragt, nochmals mit den Brauereien zu verhandeln und dabei auf der Forderung der ursprünglichen Forderung von 4 Mark festzuhalten und eine längere Fälligkeit bis zum 30. Juni zu erwirken.

Die Unternehmer lehnen den Schiedsspruch im Einzelhandel ab

Wie uns vom Zentralverband der Angestellten mitgeteilt wird, ist der für die Angestellten des Dresdner Einzelhandels gefällte Schiedsspruch von sämtlichen Arbeitnehmerorganisationen angenommen, vom Arbeitgeberverband des Dresdner Einzelhandels aber abgelehnt worden. Es ist Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Mehrheit von Kommunisten und Sozialdemokraten im Bezirksausschank in Stau

Die Wahlen zum Bezirksausschank in Stau erbrachten den Bürgerlichen 19., der SPD 17 und der KPD 4 Sitze. Damit ist eine Mehrheit von 2 Stimmen gegenüber den übrigen Parteien vorhanden.

Ein neues Schandurteil des Kassener's

Leipzig, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Am Montag wurde vor dem verhängten 4. Strafgericht des Reichsgerichts den Arbeitern Meinhard und Niehoff aus Salbkestadt wegen Vorbererlung zum Hochverrat und versuchten Betriebsmilitärischen Geheimnisse der Preußen gemacht. Die Klasseuristin füllte ein ungeheuerliches Urteil. Genoss Meinhard wurde zu 2 Jahren 6 Monaten Juchthaus und Niehoff zu 1 Jahr 8 Monaten Juchthaus verurteilt. Genoss Meinhard hatte sich zur Aufgabe gemacht, Material über die Schwarze Reichswehr und deren Wasserförderung für den Raumausbau des Reichstages zu sammeln. In der Urteilsbegründung ist folgende ungemeinliche Erklärung zu finden: Wenn eine radikale Partei sich Nachrichten, die im Interesse der Verteidigung ge-

Beitrag von Dr. Adolf Behne über Samoa und Bilder vom Tage vervollständigen den Inhalt.

Das Heft ist wiederum zum Preise von 20 Pf. bei allen fortgeschrittenen Buchhandlungen, Kloster usw. zu haben.

Johauer hor' ihm „Richter“

So sprechen die Sieger von morgen! Im „Janabode“ lesen wir einige über die Verhöhung der verhafteten javanischen Aufständischen.

„Die Beschuldigten“, sagt der „Janabode“, treten sehr selbstbewußt auf und sind auch ziemlich mittelmäßig.

Sie erklären, daß die Hauptleiter ihnen, um eine Entdeckung der Pläne zu verhindern, nichts anderes mitgeteilt haben, als daß einmal „der große Tag“ anbrechen wird. Dann erfüllen sie im letzten Augenblick nur Tag und Stunde.

Einer von ihnen lautet u. a., daß man warte, daß man beim Ausbruch der Revolution dem russischen Vorbild folgen solle. Das war ihnen in Kurzabenden und dergleichen beigebracht. Die Revolution soll hier gegen den fremden Imperialismus gerichtet sein.

„Was meint ihr damit?“ „Run, die eiserne Oberherrschaft, das ist doch deutlich.“ „Wer verwirkt die hier?“

„Run, wie gelöst — die Holländer. Und jeder, der im Dienst der Fremden uns in der Ausführung unserer Pläne zu hindern trachtet, muß unerbittlich getötet werden.“

Meint ihr wirklich, daß auf diese Weise die Revolution Aussicht auf Erfolg haben kann?“

„Sicher, mein Herr, das war unsere feste Überzeugung. Und obwohl diesmal der Erfolg nicht groß war, wird die Rasse nicht lange mehr die Unterdrückung durch die niederländische Herrschaft ertragen. Sie wird sich gewiß mit Gewalt zum Herrn der Lage machen.“

„Meint ihr, daß ihr das alles fertig bringen werdet?“

„Natürlich, das Volk muß regieren und selbst für seine Interessen sorgen und darf nicht der lädierten Unterdrückung der weißen Herren ausgeliefert werden. Das Volk hat ein Recht, seine Regierung selbst zu wählen.“

„Ihr habt doch wohl selbst bestimmt, wer die Regierung übernehmen soll. Wie waren die Pläne verteilt?“

„Mein Wissens war gar nichts vertellt. Sobald der Aufstand gelungen und die Belagerten bereit waren würden, wäre die Macht automatisch an das Volk gefallen. Wer sich dieser Macht nicht unterworfen hätte, soll als ein Feind behandelt werden. Große Volksversammlungen sollten schon am folgenden Tag für die Wahl der neuen Rep. ein einstimmen. Die Zuhörer sollten durch das Volk gewählt werden.“

heim zu halten sind, über die Schwarze Reichswehr und deren Wasserförderung zu beschaffen versucht, so untergräbt sie im Verfolg damit auch das Ansehen des Staates nach außen, wo sie nur beobachtigt, sie für den Bürgerkrieg zu gebrauchen.

Neue Todesurteile in Litauen

Rowno, 7. Februar. Die Genossen Adamowitsch, Goraow und Schwarzburg wurden vom Militärgericht zum Tode, Genosse Iwanowitsch zu sechs Jahren Juchthaus verurteilt. Das Todesurteil soll in 48 Stunden vollzogen werden.

Schwere revolutionäre Kämpfe in Portugal

Erfolg der Außändischen in Lissabon.

Zwei Minister verhaftet.

Nach Meldungen aus London sind die Außändischen entgegen den Behauptungen der portugiesischen Regierung, die in Lissabon regieren, gegen die Revolutionäre war nur dadurch möglich, daß ein großer Teil der Einwohnerchaft die Waffen zugunsten der Außändischen ergriffen hat. Zwei große Kreuzer, die 150 von der Regierung verhafte Politiker und Journalisten in Gewahrsam halten sollten, haben sich gegen die Regierung empört und bewaffnete Abteilungen zur Unterstützung der Außändischen an Land geschickt. Der Minister des Äußeren und der Minister des Inneren wurden von den Außändischen verhaftet. Die Regierungstruppen haben ihrerseits die Kanone gegen das von den Außändischen besetzte Porto eröffnet. Die Meldung, die der portugiesische Kriegsminister darüber herausgibt, widerlegt jedoch den offiziellen Schwindel von der „bedingungslosen Kapitulation der Außändischen“. Während diese angeblich Sonnabend bereits erfolgt sein sollte, teilt der Minister nun mehr mit, daß die Beschiebung erst am Montag vormittag begonnen hat. Auch die Beschiebung von Lissabon ist seitens der Regierung angeordnet worden. Als jedoch einer der Regierungstreuen Kreuzer mit dem Bombardement begann, antworteten die Küstenbatterien, deren Mannschaften mittlerweile zu den Außändischen übergetreten waren, mit Gegenseuer. Der Kampf geht um die Besiegung der Diktatur des Generals Camona.

Camposin als Anwalt der Imperialisten

Nach einem Privattelegramm des Berliner Tagesblattes aus Shanghai habe Marshall Tchangkolin in einem längeren Manifest erklärt, er bekämpfe die Agenten des Bolschewismus und schaffe den Fremden Schutz von Leben und Eigentum. Dies bedeutet nichts anderes als eine offene Auseinandersetzung an die imperialistischen Mächte, deren gesäßliche Lage sie verlassen soll, die Pläne Tchangkolins zu unterstützen, um auf diesem Wege ihre Rechte zu retten. Anderseits scheint der Druck der chinesischen Nationalrevolutionäre auf die Nordregierung stärker zu werden. So wird gemeldet, daß ein Komitee gebildet worden sei, das den Abschluß eines Friedens mit der Kantonegierung vorbereiten solle.

Vom Tage

Wegen Galtenmordes 4 Jahre Gefängnis

Breslau, 8. Februar. Das Breslauer Schmurgericht verurteilte den Elektromonteur Valentín Marjot, der im Vorjahr seiner Frau mit einem Messer den Hals durchtrennt, wegen Tohschlags unter Aufklärung mildrender Umstände zu 4 Jahren Gefängnis.

Weitere Opfer des Orlans auf dem Schwarzen Meer Riga, 8. Februar. Vom Schwarzen Meer werden weitere Tote gemeldet. Heute werden 24 Fischereiboots vermisst. Ein Teil der Fischer konnte gerettet werden. Die Zahl der Vermissten ist noch nicht festgestellt, wird jedoch auf 30 geschätzt.

Todesurteil wegen Mordes

Leipzig, 8. Februar. Das Schmurgericht Leipzig hat heute den Chauffeur Pöhl, der im Herbst vorjähriges Jahres seine Braut ermordet hatte, wegen Tohschlag zu 15 Jahren Juchthaus und 10 Jahren Ehroehru und wegen Wordes zum Tode und zum dauernden Verlust der Bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Absturz eines Sportflugzeuges bei Stettin

Stettin, 8. Februar. Auf dem Kreisverkehr Flugplatz bei Stettin stürzte heute nachts infolge eines Bedienungsfehlers aus technischen Gründen ein Flugzeug D 734 in die Höhe und stürzte in die Erde. Der Pilot und sein Begleiter starben.

Dortssowjet von Sri Lanka

Eine eigenartige und reizvolle Schilderung vom Aufbau des neuen sozialistischen Russland. Wenn uns die Weitheit der bisher in deutscher Sprache erschienenen Höhe der neuen russischen Literatur in die heroische Periode des Bürgerkrieges einführt, so ist dieses Buch eine glänzende und wertvolle Schilderung der friedlichen Aufbauphase am Sozialismus. Es ist feinesse eine trockne Schilderung. Das Buch entrollt vor uns in Form einer Erzählung das Leben eines russischen Dorfes in der Revolution. Der Dorfflowiet und die revolutionären Erziehungshilfen werden uns nicht als etwas fix und fertig präsentiert. Wir erleben es in dem Buch mit, wie die Bauernschaft eines kleinen weitabgelegenen Dorfes mit allmählich von den Autokten bestreift, die den ganzen Dorfflowiet überwältigt haben, wie dann nach dem Sturz des Autokten durch die Massen der Bauern nach und nach die verschiedenen Neuerungen eingeführt werden. Es ist nicht die Schilderung der fertigen Revolution, sondern man kann das Erleben, den allmählichen Aufbau des Sozialismus an hand dieser praktischen kleinen Erzählung miterleben. Das ist der Wert dieses Buches, welches nunmehr in deutscher Übersetzung im Verlag Carl H. Koch Nachf. Hamburg und Berlin NW. 6. erschienen ist.

Der billige Preis von 80 Pf. das Büchlein ist 80 Seiten stark) gibt die Möglichkeit, sich das Büchlein anzuschaffen.

Der Banfrottetat der Bürgerblod-Regierung

Landtagssitzung vom 8. Februar 1927

Den vorigen Tagesordnungspunkt der gestrigen Sitzung hielt die Rede des Finanzministers Weber über den Etat der Reichsregierung.

Diese Rede war ein einziges Raport der Resolutionen und Forderungen der verschiedenen Wirtschaftsgruppen und verband das Sächsische Bürgertum. Ununterbrochen verlief die Finanzminister, d. h. die neue Regierung, auf der Wesselscheide der verschleierten Interessen der einzelnen Gruppen zu balancieren. Die brüchige Basis ist schwer zu verbergen, und so kommt es ununterbrochen zwischen Schönmaler und Wohlfahrter. So wird das immer wiederholte Eingeklemmtheit von der Unfähigkeit, den Etat zu balancieren, charakteristisch für die neue Hölde-Regierung. Die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer finden natürlich dort keinen Raum, nicht in der Sache und noch weniger in den politischen Plänen dieser Regierung. So zeigt sie auch hier offen ihr arbeiterfeindliches Gesicht.

Finanzminister Weber:

Der Haushaltssbericht 1925, das ist also auf die Zeit vom 1. April 1925 bis 31. März 1926, schließt mit einem rechnungsreichen Betrag von 1 180 378,50 RM ab, das ist gegenüber dem Haushaltssbericht 1924 Kap. 11, wo nach Feststellung eines Defizits von 19,5 Mill. RM, ein gleich hoher Betrag aus dem bestehenden Staatsvermögen in Einnahme gestellt worden war, ein sehr günstiges Ergebnis, das im wesentlichen auf den hohen Einstrom an Steuern zurückzuführen ist. (Wöltcher: Arbeitgeber!) Sie haben bei Kap. 12 allein einen Weitersprung an Steuern erzielbar durch den Vorabzug in Höhe von 28 Mill. RM. Der rechnungsmäßige Betrag, der rund 1 Mill. RM ist aber nicht für sich allein in Betracht zu ziehen. Will man ein Gesamtbild vom finanziellen Ergebnis des Rechnungsjahrs 1925 gewinnen, so muss man damit zusammenhalten die gleichzeitige Verminderung des Reinvermögens an Rohstoffbeständen, Werkstätten, Bevorratungen usw. in Höhe von 1 287 754,28 RM und die Erhöhung des Standes der Staatsschulden um 6 655 104,26 RM, denen gegenübersteht eine Zunahme des beweglichen Staatsvermögens an Vorräten, Gebrauchsgegenständen und Dienststücken im Wert von 1 810 355 RM und eine Zunahme des Wertes des unbeweglichen Staatsvermögens um 10 283 888 RM. Insgesamt ergibt sich ein Geläufigkeitsgewinn von 11 204 680 14 RM bei einem Geläufigkeitsverlust des Staates am Schluss des Rechnungsjahrs von 779 784 642,60 RM und einem Geläufigkeitsbestand zum gleichen Zeitpunkt von 14 430 953,70 RM. (Wöltcher: Wo haben Sie Ihren Ministerpräsidenten?)

Leider bin ich nicht in der glücklichen Lage, einen in Aussagen und Einnahmen tatsächlich sich destindenden Haushaltssbericht vorlegen zu können und auf vorhandene Steueroberflächen zurückgreifen zu können.

Sie werden jedenfalls vergebens nach dem Optimismus der letzten Etatreden in kleinen Ausführungen suchen. Sedoch habe ich die bisherigen Ausführungen, doch unter Wirtschaft des Dienstes überwunden hat und langsam einer Gewissheit und Bedeutung gewonnen. (Wöltcher bei den Kommunisten. Zuruf: Das ist kein Widerspruch!) Das ist der einzige Widerspruch bei der Sitzung.

Die wirtschaftliche Lage Sachsen ist gekennzeichnet durch die hohe Zahl der Erwerbslosen. Sie befindet sich seit November dauernd im Siegen und hat im Januar dieses Jahres den Stand im gleichen Monat vorjähriges Jahres überschritten. Die Zahl der Erwerbslosen betrug im Januar 207 000 Hauptunterstützungsempfänger und 198 900 Aufzugsempfänger. Es entfallen damit auf je 10 000 Einwohner lediglich an Erwerbslosen 21, während die gleiche Verhältniszahl im Jahre 1925 bei 28 liegt. Um sich ein richtiges Bild über den Umlauf der Erwerbslosigkeit machen zu können, muss man sich vergleichswerten, dass die genannte Verhältniszahl im Jahr 1925 in Sachsen 26 und für das Reich 27 betrug. Aufzugslosigkeit zeigt die Statistik über Betriebsstilllegungen des amtsleitenden Abts. Die Stilllegungsstellen sind im Jahre 1925 insgesamt von 125 auf 337 gestiegen und im Jahre 1926 von 319 auf 351 zunommen. Diese Ziffern findet zweifellos in der höheren Zahl von Konturen, von denen im Jahre 1926 2233 einschließlich wurden, und in der auch in Sachsen fortgeschrittenen Konzentration der Betriebe ihren Grund. Es ist ohne weiteres klar, dass der durch die große Arbeitslosigkeit bedingte Ausfall an Arbeitsdienstleistungen sich auch auf die Lage der Wirtschaft auswirkt.

Die Lage wesentlicher Teile der sächsischen Industrie ist außerdem bekannt durch außenpolitische Auswirkungen.

Den sächsischen Industriebezirk, die als Kriegsfabrikate noch höher in großem Umfang auf dem Auslandsmarkt ansetzen waren, ist noch immer der Zugang zu ihrem alten Absatzgebiet in hohem Maße erschwert, und die Arbeitslosenzahlen wird nun dieser Erziehung mindestens ebenso ungünstig beeinflusst wie von der Schwächung des inneren Marktes. Dennoch konnten u. a. im vergangenen Jahre bedeutende wirtschaftliche Fortschritte durch Auslandsabschaffungen im Zusammenwirken mit dem Reich für sächsische Firmen erzielt werden. Sicherlich kommen hauptsächlich Firmen der Maschinen- und Metallindustrie in Frage. Weitere derartige Geschäftszahlen sind angebracht.

Die als Folge der Kreditkrise vor Jahresende herrschende allgemeine Geschäftsschwäche wirkte sich auch in der Textil- und Fabrik-Industrie, der Hauptindustrie unseres engeren Heimatlandes, bis um die Mitte des Jahres 1926 in vollem Umfang aus und traurigsteigte sich durch Produktionsstillstände, Absatzschwierigkeiten und Kapitalnot, sowie durch eine außergewöhnlich hohe Zahl finanzieller Zusammenbrüche. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 trat eine merkliche Wendung zum Besseren ein, in der Textilindustrie die Aussichten für das laufende Jahr im archten und ganzen verhältnismäßig günstig erscheinen. Dengegenüber haben allerdings gewisse von der Mode abhängige Zweige der Textilindustrie noch wie vor unter erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen.

So hat sich die vom Landtag im Jahre 1925 beschlossene Kreditkrise augenscheinlich der sozialen und sozialen Sicherung, für die im Nachfrage zum Zukunftsentwickelten Haushaltssbericht 1926 ein Betrag von 1,5 Millionen RM vorgesehen worden ist, im allgemeinen als legitiem erweisen. (Zuruf bei den Kommunisten: Nicht im entstandenen ist die Not wirklich bedroht worden!)

Die wirtschaftliche Lage von Einzelhandel, Handwerk und Kleinbetrieb wird sich auch im Jahre 1927 noch sehr schwierig gestalten, da die Betriebsstände fast ausschließlich auf den Industriemarkt angewiesen sind. Die Kreditbeschaffung ist für das mittlere und Kleingewerbe auch jetzt noch mit großen Schwierigkeiten verbunden.

Die allgemeine wirtschaftliche Not lastet in steigender Schwere auf der gesamten sächsischen Landwirtschaft. Während in der Zeit vom Jahre 1900 bis 1914 sich der Stand der Staatskulden um kaum 30 Millionen M. erhöhte, ist im laufenden Jahrzehnt

Die Gesamtschuld bis 31. Dezember auf circa 85 Mill. RM angewachsen.

Die schwedende Schuld des sächsischen Staates wird am 31. Dezember 1926 in der Vorberichtigung zum Haushaltssbericht 1927 auf rund 85 Mill. RM nachgewiesen. Dieser Betrag wird sich bis zum Schluss des Kalenders noch weiterlich erhöhen. In-

solge höherer Reichsteuerüberweisungen steht zu erwarten, dass die Ausgaben des ordentlichen Haushaltssberichts voll aus den Einnahmen gedeckt werden. Ungedekt bleiben aber noch die zu erwartenden Ausgaben aus dem außerordentlichen Haushaltssbericht in Höhe von rund 25 Mill. RM. Hierzu kommen noch aus den Mitteln des Wohnungsbauprogramms rund 10,5 Mill. RM, von denen 12,3 Mill. RM bereits Ende Februar 1927 auf das Reich zurückgezahlt werden müssen, so dass bei aller Herausgabe des Mittel am 31. März 1927 die schwedende Schuld eine Höhe von 112,3 Mill. RM erreichen würde. Die Höhe der fiktiven Schuld beträgt 16,8 Mill. RM. Die Gesamtschuld des Staates würde also am Schluss des laufenden Haushaltssberichts 120,1 Mill. RM betragen.

Der jurierte bestehende Schuldberg ist aus Kostenmitteln gedeckt durch die Begebung von rund 60 Millionen Tafeln und universitären Schenkungsvereinigungen und durch das aus dem Einnahmenüberschuss aus dem Jahre 1923 noch vorhandene Bettelkapital.

Wenn in den letzten Jahren in den Etatreden ein gewisser Optimismus zum Ausdruck kam, so ist er jetzt nicht mehr am Platze.

Dass ich bei der Lage der Finanzen nicht in den ersten Wochen meiner Regierungstätigkeit als verantwortlicher Finanzminister umfassenden Steuerabbau versprechen kann, ist jedenfalls allen einsichtigen Kreisen verständlich. Vor allen steht ich vor den hinter mir stehenden politischen und wirtschaftlichen Kreisen, dass sie genügend sozialpolitische Einheit besitzen, dass sie dieser Zurückhaltung voller Verständnis entgegenbringen. (Gleichheit und ironische Jalousie bei den Kommunisten.)

Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 405 298 594 RM. Gegenüber den veranschlagten Gesamtausgaben des Jahres 1926 in Höhe von rund 437 Mill. RM, erzielt sich demnach eine Mindestdförderung von rund 32 Mill. RM. Im ordentlichen Haushalte sind die Ausgaben seit 1924 von rund 255 Mill. RM auf rund 267 Mill. RM gestiegen, eine Tatsache, aus der sich der Mehrbedarf in Krisenzeiten mit zwingender Notwendigkeit ergeben mag.

Die Einnahmen, deren Hauptteil die Steuern ausmachen, sind demgegenüber seit dem Jahre 1924 von rund 319 Millionen auf nur 342 Mill. RM gestiegen. Der Zuschuss aus dem beweglichen Staatsvermögen für das Haushaltssbericht 1927 beträgt, wie schon gesagt, 25,6 Mill. RM. Er bleibt damit hinter dem für das Jahr 1926 um 13,85 Mill. RM zurück. Diese schreinbare Besserung ist darauf zurückzuführen, dass die erheblichen Lasten an unterstützenden Erwerbstätigkeiten in Höhe von 23,4 Mill. RM des Jahres 1926 ab 1. April 1927 vom Reich übernommen werden.

Der Haushaltssbericht ruht immer noch auf unsicherer Grundlage. Es ist durchaus noch nicht festgestellt, ob vom Reich zu den Polizeibehörden wieder die frühere Zulage zu erhalten ist, da im Reichshaushaltssbericht die Zuweisung an die Länder für diesen Zweck von 210 auf 190 Mill. RM herabgesetzt ist. Sollte es sich nicht erreichen lassen, die höhere Höhe der Subvention zu erhalten, so würde für Sachsen ein weiterer Ausgabenbetrag von rund 1,9 Mill. RM entstehen. Ein weiterer Vorbehalt ist, wie aus der Vorberichtigung ersichtlich, bei der Umlaufsteuer zu machen. Das Reich lehnt die bisherige Garantie für die Umlaufsteuerüberweisungen an die Länder in Höhe von 150 Mill. RM ab. Es ist also mit einem weiteren ungedeckten Ausfall von 3,8 Mill. RM zu rechnen. Weitere Anforderungen liegen darin, dass keine Beträge an Zinsen für die unabdinglich notwendige Auskosten und für die oben gewordene Zustimmung mit der Kirche wegen der Erfordernisse der Kirche zu entrichten. Ganz besonders aber ist darauf hinzuweisen, dass für die von Reich und Ländern wiederholt als unbedingt notwendig anerkannte und dringend geforderte Reformen keine Mittel vorgesehen sind. Um alle diese Verträge würde sich bei ungünstiger Entscheidung der Zulage aus dem beweglichen Staatsvermögen erhöhen. Die Aussichten liegen eine fairmäßige Balancierung des Haushaltssberichts für das kommende Jahr hat alles weniger als bestaunngswert.

Durch Steuern finden die gesamten Ausgaben der Justizkasse rund 212 Mill. RM. Dafür ein Betrag, der zweimal höher ist, als das Einkommen an Steuern und Abgaben des letzten Friedensjahrs mit rund 92,2 Mill. RM. Eigentlich welche Ressourcen an Einnahmen weist der Haushaltssbericht aus? Der Umlauf der Landesteuern ist dagegen um rund 6 Mill. RM im Haushaltssbericht gelungen. Der Mindestvertrag der Landesteuern ergibt sich aus dem geringeren Auskommen aus der Aufwertungsschule.

Zudem halte ich bei der Mietzinsschule durchaus die Unrecht meiner Amtsorgänger, doch es ist hier um eine ganz hohe und hohe Steuer handelt. (1) Die an ihr aus Mieten und Beiträgen erzielte geübte grandiose Kritik ist durchaus berechtigt. Selbstverständlich verneine ich dabei nicht die außerordentliche Bedeutung die gerade das Auskommen dieser Steuer für die öffentlichen Finanzen und vor allen Dingen für die Finanzierung des Wohnungsbauprogramms hat. (Zuruf bei den Kommunisten.) Es muss verucht werden, das private Kapital noch mehr zur Gewinnung von Wohnungen heranzuziehen und die vorhandenen Mittel sowohl als nur ironisch mögliche zu kreieren. (Zuruf bei den Kommunisten: Neue Gehente an die Privatunternehmer!) Das Aufkommen an Gewerbe- und Grundsteuer für das Jahr 1926 wie für das Jahr 1927 steht noch nicht fest.

Dem Landtag liegen bereits Entwürfe vor, durch die eine Tendenz der Besteckmiete des Gewerbes und des Grundstückes in einzelnen Beziehungen gefordert wird. Besonderslich der gemeindlichen Zuläufe zur Gewerbe- und Grundsteuer ist bereits entschieden worden, dass die Gewinnung der Haushaltssbericht aus dem Kostenausgleichsstock zu verteilenden Beträgen nicht an die Erhebung der höchsten Zuläufe gebunden ist.

Die einzige Landesteuer, die einen Mehrertrag bringt, ist die Schinksteuer, deren Auskommen für das Jahr 1927 mit 10,5 Mill. RM eingeschätzt ist. Der Ernst der Finanzlage zwinge die Regierung nun wie vor zu äußerster Einsichtnahme der Staatsverwaltung. Um den Beamtenkredit möglich einzuführen, ist nicht nur die unbedingte Notwendigkeit jeder neu zu gründenden Stelle auf das schlechteste geprüft, sondern auch von der Regierung bei Errichtung von plausiblen Stellen nach wie vor in jedem einzelnen Falle genau erörtert worden, ob die Wiederbelastung der Stellen ganz unvermeidlich oder ihre Eingehung möglich ist.

Vom Beamtenabbau wurden jenerzeit betroffen 1430 Beamte, 410 nichtplausiblere Beamte, 970 Angestellte und 1400 Lehrer.

Das Kapitel Kosten schließt mit einem Nebenzulage von 3,6 Millionen RM ab, lenkt mit rund 3,5 Mill. RM weniger, als in dem verabschiedeten Haushaltssbericht 1926 veranschlagt war. Die Gesamtfläche des Staatswaldes hat für gegen das Vorjahr um rund 36 Hektar abgenommen. Abgezogen wurden im Wege des Verlusts 119,5 Hektar, im Wege des Erbbaus 5,7 Hektar, zusammen demnach rund 125 Hektar. Der Erlass aus den Verkäufen wird von der Regierung dazu benutzt, den erklärten Flächenverlust am Staatswald durch Ankauf von Waldbestandstüren, die für die Wiederherstellung und Vergrößerung der Staatsforstreserve eingesetzt werden. Die Domänenverwaltung bringt eine Wiederaufnahme von rund 8000 RM; jedoch muss darauf hingewiesen werden, dass aus Anlass des unordentlichen Ausfalls der vorliegenden Entwürfe die Pächter der Rittergüter und Landesfürstentum

gäter eine Herabsetzung der ihnen nach den Pachtverträgen obliegenden Leistungen beantragen haben.

Die landwirtschaftlichen Betriebe bringen immer noch keinen Überschuss. Das Elterntal bringt einen Überschuss von 25 000 Reichsmark. Der gesamte Überschuss der gewerblichen Betriebe der Bergverwaltung wird für das Rechnungsjahr 1927 auf 160 000 RM geschätzt. Der voranschlagte Überschuss für die gehaltenen gewerblichen Betriebe der Bergverwaltung stellt sich 1927 um 92 000 RM niedriger als im Vorjahr.

Die außerordentlichen Staatshaushalte werden für die Staatsbetriebe insgesamt 207 000 RM als Kapitalbedarf angesetzt. Hierzu entfallen 57 000 RM auf die Raff- und Hartsteinwerke zum Bau von Wohnhäusern für Angestellte und Arbeiter und 150 000 RM auf die Porzellanmanufaktur. Besonderser ist die Errichtung eines Modells und Normenbaus dringend notwendig, da das Haus, in dem sämtliche wertvollen Modelle, Formen und das Werkzeug liegt untergebracht sind, keinen Raum mehr bietet und darunter überlastet ist, doch ein Zusammenbruch nicht ausserhalb des Bereichs der Möglichkeit liegt.

Die Sächsischen Werke haben die Aufgabe, die Stromversorgung des Freistaates Sachsen durchzuführen und sicherzustellen.

Zurzeit sind die Sächsischen Werke unmittelbar und mittelbar an 15 Unternehmen beteiligt. Es sind in den Sächsischen Werken 60 Millionen Kapital des Sächsischen Staates investiert, das sich im Jahre 1927 auf 70 Millionen erhöhen wird. Außerdem stehen den Sächsischen Werken der Erlös der 1. Dolaranleihe in Höhe von 60 Millionen und ein gleicher Betrag der zweiten Dolaranleihe zur Verfügung.

Die Braunkohlenförderung stieg von 1 820 000 To. im Jahre 1925 auf 2 150 000 To. im Jahre 1926, also um 18 Prozent. Die Steigerung ergab sich durch die Aufnahme der Förderung in Böhmen.

Die Steinkohlenförderung stieg von 133 000 To. im Jahre 1925 auf 215 000 To. im Jahre 1926, d. h. um 61 Prozent. Auch hier ist die Steigerung in der Hauptfazie auf das Hinzutreten von Böhmen zurückzuführen.

Die Eisenhüttenförderung im Jauerlohe stieg von 184 000 Tonnen in 1925 auf 201 000 To. in 1926, also um 9 Prozent.

Die Auswirkung der Betriebsumstellung trat insbesondere bei Hirschfelde durch weitere Verminderung der Belegschaft in Erscheinung. Diese erfuhr, hauptsächlich bei der Belegschaft im Abram und Grube trock gleichbleibender Förderung, eine weitere Verminderung um 10 Prozent. (Zuruf bei den Kommunisten: Belegschafts-Ausdehnung!)

Eisenhüttenwerke hat durch Einwirkung der verschiedenen betrieblichen Maßnahmen und teilweise auch durch die besondere Einstellung der Belegschaften (!) sich eine Steigerung des Förderanteils je Mann und Schicht — in Hirschfelde und bei Jaudrade um rund je 28 Prozent — erreichen lassen im Vergleich zum Jahre 1925. (Wöltcher: Nicht als niedrigstzüchtige Ausbeutung!)

Zur Weiterführung der Instandhaltungsarbeiten der Staatsstraßen in dem nach der Festsetzung für das Jahr 1927 vorliegenden Umfang ist die Bereitstellung von weiteren 10 Mill. RM im außerordentlichen Haushaltssbericht als Vorbehalt und die ebenfalls planmäßige Erhöhung der im ordentlichen Haushaltssbericht vorgelegten Baumittel um 2 270 000 RM gegenüber dem Vorjahr notwendig.

Büro für die Bewahrung von Wegebau- und Wegeunterhaltungsunterstützung an die Gemeinden sind 1 300 000 RM, das sind 800 000 RM mehr gegenüber dem Rechnungsjahr 1926, eingestellt.

Der Etat der Ruhegelder schließt mit einem Zuschuss von 42 802 000 RM ab und fordert gegenüber dem Vorbericht einen rechnungsmäßigen Mehrbetrag von 1 898 000 RM. Die Kosten für die Belebung der Verkehrsleistung für 1927 auf 1 261 250 RM ab. Auch dieser Betrag ist aber noch außerordentlich hoch. Während der normale Ruhegeldaufwand geblieben ist, kann ersterenwelle (!) wiederum eine wesentliche Minderung des infolge des Revolutionsablaufs eingetretenen Ruhegeldaufwands festgestellt werden.

Bei der Altersrente haben sich die Einfüsse im letzten Jahre entsprechend der vermehrten Sparsamkeit der Bevölkerung in aufsteigender Richtung bewegt.

Die gesamte Polizei erscheint mit einem Ausgabenposten von rund 43 Mill. RM,

von denen allerdings vom Reich 15,6 Millionen vorbehaltlich der Erhöhung der Verfügungssumme von 190 auf 210 Mill. RM und von den Gemeinden rund 6 Mill. RM zurückgehalten werden. Die Aufwendungen für soziale Zwecke einschließlich des Gesundheitswesens betragen rund 37 Mill. RM, wovon noch der vom Landtag für folgende Sonderzulage zur Bewilligung von Winterhilfen an notleidende Bedürftige kommt.

Für die produktive Erwerbstätigkeitsförderung zeigt das Bericht Kapitel eine Mehrertrag von 17 Mill. RM insgesamt 20 Mill. RM. Hierzu kommen in dem gleichen Zweck noch gewisse Rettungsarbeiten, die von der staatlichen Baumanstalt zur Durchführung kommen sollen. Vermehrt werden diese Befreiungen noch durch umfangreiche Mittel der Sächsischen Werke. Weitere Mittel zur Belebung der Erwerbstätigkeiten liegen im kommenden Jahrzehnt auch aus den Aufwendungen für Neubauten und für den Kleinwohnungsbau, sowie aus den verschiedenartigen Ausgaben für Beamtenwohnungen zur Verbilligung. Der Wohnungsbau wird durch die bereitgestellten Mittel über den Bedarf hinaus gesteuert. (Zuruf bei den Kommunisten) Die Aufwendungen für Baulandkäufe beider Bauten betragen im Haushaltssbericht 1927 1 511 000 RM für Neubauten 4 479 100 RM und für Baumenterhaltnisse sowie laufenden Bauaufwand 7 001 800 RM, zusammen also 13 782 80

Dresden

31 geschlossener Front vorwärts!

Am Montag abend fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung der 2. Abteilung des KdF statt. Die Tagesschau lautete: Der 1. von der Gauleiter. Der gute Beleb zeigte, daß die Kommission der Tagung ein hartes Interesse entgegenbrachte. Von den Delegierten Freytag und Schell wurde bekannt, daß auch in der vorangegangenen Beitragsperiode, der Gau Dresden eine starke Mitgliederzunahme zu verzeichnen habe. Beim ersten sozialen Wahlbericht mußte sie allerdings stattdessen die wichtige Arbeit der Gauleitung bestanden darin, daß sie eine arbeitsfähige, in sich geschlossene Gauführung schafft. Diese Aufgabe wurde in vollem Umfang gelöst.

Folgende Aktionierung wurde gegen 2 Stimmen angenommen:

Resolution

Die am 7. Februar tagende Mitgliederversammlung der 2. Abteilung des KdF stellt sich vollständig hinter die von der Gauleitung gefassten Entschlüsse. Die Abteilung geht, dafür zu sorgen, daß die Leistungen sofort in die Praxis umgesetzt werden, insbesondere die Organisierung von Betriebsgruppen auf sozialistischem Wege durchgeführt wird.

In geschlossener Front vorwärts!

Ja neuen Kämpfen — neuen Siegen!

Gemeinde ist der Allgemeinen Ortskrankenkasse, wie gelle Briefe

Arbeiterkorrespondenz

In den letzten Wochen konnte man in der Stadtgemeinde Striesen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Monats- und Sonnabends einen beispiellosen Andrang von Kassenmitgliedern beobachten. Bei diesem Andrang beträgt die durchschnittliche Wartezeit 1½ bis sogar 2 Stunden. Schließlich aber ist für circa 20 Personen da. Trotzdem wird man, wenn man als 20. Anwender da ist, stets von den Beamten aufgefordert Platz zu nehmen.

Es ist verständlich, wenn bei diesem ausgelöschten Warten alte und junge Leute ungeduldig werden und ihrer Ungeduld in extremem Wortschlag mit den Angestellten auf machen. Es ist auch verständlich, wenn bei dem Andrang eine Sache vorkommt, von einem Beamten verlegt und daher später behandelt wird, wie andere zu gleicher Zeit eingangene Sachen. Es ist aber nicht verständlich, wenn für diese mangelnde Organisation die in Dresden graziierende Grippe verantwortlich gemacht wird, wie es am Sonnabend, den 5. Februar, seitens des Kaiserreichs geschah.

Ich will nicht über die mehr oder weniger nutzlosen Debatten berichten, die nun jeden Tag dort zwischen Angestellten und Mitgliedern geführt werden, da weder die eine noch die andere Seite daran schuld ist. Festgestellt muß aber werden:

„Wenn die in der Zweigstelle vorhandenen Angestellten und Beamten nicht ausreichen, so ist es Sache des leitenden Beamten, hier für Abhilfe zu sorgen.“

Wenn es vorgelommen sein sollte (— es aber gar nicht wahrscheinlich ist), daß am Sternplatz die Wartezeit 3 Stunden betragen darf, so berechtigt dieser Umstand noch lange nicht, daß man in Striesen 2 Stunden als Norm für die Wartezeit ansieht.

Erwerbstlose Angestellte gibt es in Dresden genug, die auch im Krankenhausweisen Bereich wissen. Abhilfe kann ohne weiteres geschaffen werden, wenn der gute Wille auf Seiten des Beamten gezeigt wird und — wenn die Mitglieder entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Im übrigen raten wir der Geschäftsführung der Allgemeinen Ortskrankenkasse sich zu wenden an den 1. St. Maternitätsstraße, Abtlg. 4. Dort liegen Tausende von Erwerbstlosen erwerbstloser Angestellter und Kaufleute. Also . . . zur gejählichen Verwendung.

Das neue Fernsprech-Unteramt in Dresden-Neustadt. Die rasche Entwicklung des Fernsprechwesens hat die Errichtung eines Fernsprechunteramtes in der Neustadt bedingt. Es ist für 7000 Haushalte eingerichtet, 1672 davon sind bereits in Betrieb. Vorgetragen ist aber die Erweiterung der Aufnahmefähigkeit auf 10 000 Haushalte. Die Stromversorgung erfolgt durch Anschluß an das häusliche Elektrizitätswerk durch zwei Sonderkabel, davon eins als Reserve. 2000 Volt Einphasen-Wechselstrom wird umgesetzt in je einem Transformatoren auf 110 Volt, einmal für Licht und einmal für Kraftstrom. Bei der veranstalteten Besichtigung des neuen Amtes durch die Presse machte der Leiter des Fernsprechamtes, Oberpostdirektor Gottlieb, noch einige interessante Bemerkungen über den künftig gedachten Ausbau des Fernsprechnetzes. Man hörte, daß Dresden mit einem Fernkabel direkt mit Leipzig verbunden ist; daß seit Anfang Januar 1927 die gesamten Durchgangsverbindungen unter Benutzung von zwei Fernschaltungsschaltern ausgeführt werden. Diese stehen mit einer Schnurverstärkeranlage in Verbindung; dieser Verstärkerbetrieb ist am 1. Februar aufgenommen worden. Die zwischen Dresden und Breslau in Betrieb befindliche Hochfrequenz-Telephonie-Anlage wird außer Betrieb gehen werden, sobald das für 1928 geplante Fernkabel von Breslau über die Oder Löbau und Görlitz in Dresden eingeführt ist. Werner ist die Einführung eines Fernkabels nach Plauen mit Anschluß nach Nürnberg und München, sowie eines weiteren Fernkabels nach Prag und eines direkten Kabels nach Berlin noch für das Jahr 1927 in Aussicht genommen. Gleichzeitig damit wird im Telegraphenamtsgebäude am Postplatz ein Verstärker größerer Umfangs eingerichtet. Mit dem Hochbau eines weiteren Fernsprech-Unteramtes in der Vorstadt ist bereits begonnen; seine Inbetriebnahme ist für Ende 1928 zu erwarten. Man plant jerner die Umwandlung der Ortscheine Köthenbrot für 1928 zu Selbstanschlüssen.

Dresdner Volksbühne E. B. Die 3. Sonderveranstaltung des Vereins Dresdner Volksbühne findet am 15. Februar im Künstlerhaus, abends 8 Uhr statt. Waller von Molo, Direktor der Akademie für Dichtkunst, liest aus eigenen Werken. — Eintrittspreise für Mitglieder 0,50 M., für Nichtmitglieder 1,00 M. Kartenvorverkauf: Für Mitglieder in der Geschäftsstelle, Schloßstraße 31/36, an den Kartenverteilstellen des Vereins in den Theatern und an der Abendstube. Für Nichtmitglieder bei F. Ries, Seestraße 21, in der Geschäftsstelle und an der Abendstube.

Das nächste Sinfonie-Konzert findet am Mittwoch, dem 16. Februar statt. Vierligveranstaltung für Nr. 5501 bis 6000 und Anrech. C. Die zum Konzert aufgerufenen Mitglieder haben vorstehend ihre Konzerte zu beenden. Freier Konzertkartenverkauf für Mitglieder 1,00 M. in der Geschäftsstelle Schloßstr. 34/35, 11 bis 3 Uhr, sowie Abendstube. Für Nichtmitglieder 3 M. nur bei F. Ries, Seestraße 21, sowie Abendstube. Mitglieder Studenten, Schüler höherer Lehranstalten und Jugendbünde erhalten an der Abendstube gegen Ausweis Galeriestehplätze für 75 Pf.

Mussolini in Rähnig-Hellerau

Die SPD an der Arbeit

„Der kleine Mussolini“. So nennt der Volkswitz den Bürgermeister Schmidt in Rähnig-Hellerau. Das darf nicht so unrichtig sein, beweist die leite Gemeindevertretung am Freitag, den 28. Januar, in der der Bürgermeister sein Amt als Gemeindevertretungsleiter in diktatorischer Weise handhabte. In einer gemeinsamen Fraktionssitzung mit der SPD im Dezember vorangegangenen Jahres wollte man uns den Posten des Gemeindevertretungsleiters zuschieben, und es fiel dabei die Meinung, daß man doch als Gemeindevertretungsleiter viel machen könne. Diesen Hinweis seiner Parteigenossen hat sich Herr Schmidt gut gemerkt, denn seine Geschäftsführung in der letzten Sitzung kann man nicht anders als Abwürgenstern bezeichnen. Unter Genosse Tauch, der den Kampf gegen diese Art der Geschäftsführung mit aller Energie führte, hellte wiederholt Bruch der Geschäftsführung fest und veranlaßte am Schlus der Sitzung, daß diese Feststellung ins Protokoll kam, wenn sich der Bürgermeister auch noch so sehr dagegen sträubte. Woran handelt es sich denn?

Die Wohnungslösen hatten an die KPD-Fraktion eine Erklärung folgenden Wortlauts gelangen lassen:

„Die Dresdner Volkszeitung vom 18. 1. 1927 und die Dresdner Heidezeitung vom 22. 1. 1927 bringen Berichte über die leite Gemeindevertretung. Darin wird u. a. gesagt, daß die KPD-Fraktion in ihrem parteipolitischen Interesse die Wohnungslösen in niedrigerer Weise ausnutzt habe. Die Wohnungslösen erklären dazu, daß sie mit der Betreuung ihrer Interessen durch die KPD-Fraktion wohl einverstanden sind. Sie erklären die Berichterstattung über diese Fragen in den benannten Artikeln als eine bodenlose Gemeinheit und eine völlige Entstehung der Tatsachen. In dem Artikel ist weiter gesagt, daß die Zuhörerchaft in der Gemeindevertretung ihre allgemeine Zustimmung dazu gegeben habe, daß der Goldblatt des Wohnungsbauausschusses im Rathaus aufgehoben werden sei. Die Wohnungslösen, soviel sie in der Gemeindevertretung als Zuhörer anwesend waren, erklären auch diese Ausführungen als unwohl. Sie ermöglichen die KPD-Fraktion, diese Erklärung in der nächsten öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung bekanntzugeben.“

Genosse Tauch verlas diese Erklärung und verwahrte sich im Anschluß daran im Namen der Fraktion gegen die unwahren, die Tatsachen entstellenden Berichte in den obenerwähnten Zeitungen. Dabei nun versuchte der Bürgermeister, ihn dauernd zu unterbrechen, er rief ihm zur Ordnung, kurz, er versuchte ihn abzuwürgen. Aber nicht das allein! Antieckame Veratungsgegenstände, nämlich ein Protokoll der Wohnungslösen an das Gemeindevertretungskollegium, waren nicht zur Verordnung gekommen, wenn unsere Genossen nicht dazu gedrängt hätten. Aber das Unglaubliche geschah, der Protokoll der Wohnungslösen gelangte bis heute trotzdem nicht zur Kenntnis der Gemeindevertretung. Der Bürgermeister entnahm dem Schreiber nur den Widerwort des Wohnungslösen für den Wohnungsbauausschuss. Unter Genosse Müngsinger war vorschlagen worden, auch das wurde abgedreht. Weil Herr Müngsinger eine Wohnung habe, läme er als Vertretermann der Wohnungslösen nicht in Frage“, wurde gesagt, und der SPD-Vorstand kümmerte sich nicht darum. Nach Wiedereintritt in die Sitzung kennzeichnete Genosse Schneider das Verhalten der Amtshauptmannschaft, daß die alle Zeugen außer Herrn Hoffmann als „unglaublich“ bezeichnete. Er stellte dem Kollegium die Frage, ob es sich wirklich einverstanden erklären könne mit dem Bescheid, oder ob es in den letzten Sitzung bei der Wahl des Schriftführers einen Glaubwürdigen gewählt habe. Nunmehr waren die Herren in die Enge getrieben. Sie erklärten, man könne an dem Urteil eines Juristen nicht zweifeln, und Herr Heide habe es erst nicht gewußt. Die Bürgerlichen schlossen sich den Linien nicht an, sondern erklärten, sich weitere Thesen vorbehalten zu wollen. Nach Erledigung einiger Anfragen wurde die Sitzung geschlossen.

Schafft war empört, und in erregten Worten erhob Genosse Tauch gegen solche Vergewaltigung Einspruch. Triumphierend verkündete der Diktator: „Herr Tauch! Sie haben die Gelegenheit verpaßt! Die Sitzung ist geschlossen!“ Als sich die Fraktion damit nicht zufrieden gab, stellte der Bürgermeister die Vertrauensfrage. Unsere Fraktion hat kein Vertrauen in dieser Art Geschäftsführung und lehnte sie mit 3 gegen 11 Stimmen ab.

Einwohner, Arbeiter, Genossen, befürchtet die Gemeindevertretungslösungen und lebt diesem Herrn, der sich in den Kopf gesetzt hat, die Kommunisten „zur Räson zu bringen“, auf die Finger! Duldet keine Mussolini-Methoden gegen die aufrichtigen Vertreter eurer Interessen!

Aus dem Gohliser Gemeindeparlament

Unter außergewöhnlich starkem Andrang von Zuhörern fand am 31. Januar die zweite öffentliche Gemeindevertretung statt. Die Veranlassung dieser starken Teilnahme gehen wohl die Punkte 5 bis 7 der Tagesordnung. Da in unserer Gemeinde schon seit langer Zeit Unzimmigkeit herrscht, fällt nun endlich die Entscheidung der Amtshauptmannschaft in der Disziplinarfahrt des Bürgermeisters bekanntgegeben werden.

Zunächst wurde von einigen geschäftlichen Mitteilungen Kenntnis genommen. Beim Punkt 5, Vergabe von Bauarbeiten zum Gemeindeamtsneubau, gab Herr Architekt Meissner die sehr zahlreich eingegangenen Bewerbungsabschläge bekannt, hieron schloß sich eine Auseinandersetzung an. Der kommunistische Vertreter sowohl als auch die SPD hielten an dem Beschuß fest, 4 Wohnungen einzubauen und anstatt der tenen Bogenfenster einfache, gerade zu bauen. Dieser Punkt wurde auf Montag, den 7. Februar, vertagt.

Bei der Spielplatzfrage hielten die Bürgerlichen die Erweiterung des Schulhofes durch ein Stück Schalwiese als genügend. Vor allem war es Herr Heide, welcher nur für die Schulkinder einen Platz haben wollte. Genosse Schneider machte es dem Herrn klar, daß ihm alles Besonderspielen abgeprochen werden müsse, er wies vor allem darauf hin, daß im Ortsgebiet festgelegt ist, daß alles Turnen und Spielen auf den Straßen verboten ist und hierfür die Schulwiese schon freigegeben ist, trotzdem ist dieselbe jedes Jahr verpaßt worden. Man müsse den jungen Leuten einen größeren Platz schaffen. Hierbei wurde er von der SPD unterstellt. Es wurde beschlossen, diese Sache dem Wohlfahrtausschuss zu überweisen.

Als im Punkt 7 der Herr Bürgermeister die Entscheidung verlesen hatte, beantragte die KPD-Fraktion 10 Minuten Verzug, was wieder Herr Heide „nicht verstehen“ konnte, denn ihm war es lieber, wenn diese Bekanntgabe lang und langsam hingenommen worden wäre. Nach Wiedereintritt in die Sitzung kennzeichnete Genosse Schneider das Verhalten der Amtshauptmannschaft, daß die alle Zeugen außer Herrn Hoffmann als „unglaublich“ bezeichnete. Er stellte dem Kollegium die Frage, ob es sich wirklich einverstanden erklären könne mit dem Bescheid, oder ob es in den letzten Sitzung bei der Wahl des Schriftführers einen Glaubwürdigen gewählt habe. Nunmehr waren die Herren in die Enge getrieben. Sie erklärten, man könne an dem Urteil eines Juristen nicht zweifeln, und Herr Heide habe es erst nicht gewußt. Die Bürgerlichen schlossen sich den Linien nicht an, sondern erklärten, sich weitere Thesen vorbehalten zu wollen. Nach Erledigung einiger Anfragen wurde die Sitzung geschlossen.

wenn es irgende Körperlicher oder geistiger Gebrechen auftrete, ist, sich selbst zu unterhalten, bis auf weiteres. Die Landesversicherungsanstalt hat Antragsformulare auf Weitergewährung des Kinderzuschusses bzw. der Waisenrente herausgegeben. Die Empfänger von Waisenrente bzw. Kinderzuschuss wollen sich deshalb zufällig bei Vorliegen der vorgenannten Tatsachen wegen Weiterverwendung der Rente bzw. Kinderzuschuss an das Versicherungsamt in der Verwaltungsstelle B (Strübbes Raitzsch-Pötschappel). Zimmer Nr. 8 mit entsprechendem Unterlagen (Leihcheinung der Schulleitung oder Lehrerzeugnis oder ärztliches Zeugnis) wenden.

Wurgwitz (Stadtverordnetenversammlung) Die letzte Stadtverordnetensitzung hatte sich mit einer Anzahl wichtiger Fragen zu beschäftigen. Es stand die Wathilfe an Gemeindebeamte und -arbeiter zur Diskussion. Die KPD und SPD verlangen, daß der Bürgermeister, der erst vor kurzem aus der 8. in die 9. Gehaltsgruppe aufgerückt ist, von der Beihilfe ausgeschlossen bleibe. Die Bürgerlichen entsetzten darauf gegebenen Sturm. In der Abstimmung wurde jedoch beschlossen, daß nur die unten Angestellten und Beamten eine Zulage erhalten. Beischlossen wurde die Abgabe von Hemmelde land an den Arbeiter-Turn- und Sportverein. Eine heftige Debatte rief die Beratung über die Zuschläge für die Grunds- und Gewerbeleute hervor. Die KPD erklärte, daß sie gegen die Steuerfreiheit des Gewerbeleutes eingehend ihre Stellung. Die SPD verlangte einen Zuschlag von 150 Prozent, die Bürgerlichen verlangten 100 Prozent. Durch einige Abstimmungsmänner brachte der Bürgermeister es fertig, daß die KPD-Vertreter ironisch für den Vortrag der Bürgerlichen stimmten. Wir werden aber alles daran lehnen, diese Abstimmung wieder zu ändern. Ein Antrag der KPD auf Beihilfe für Erwerbstlose wurde dem Finanzausschuss überwiesen.

Rundfunk

Donnerstag, den 16. Februar:
4.30-6 Uhr: Nachmittagssitzung der Dresdner Rundfunkhauplastelle. Dirigent: Gustav Agnate.
6.05-6.30 Uhr: Aufwertungsgrundjunt.
6.30-6.55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. van Eysen und E. M. Alster: Spanisch für Fortgeschrittenen.
7.00-7.30 Uhr: Vortragsserie „Charakterologie“ (Charakterkunde). 2. Vortrag Dr. Hermann Voelzke: „Temperament und Charakter.“
7.30 Uhr: Wettervorauslage, Schneerichtung und Zeitzonale.
7.45-8.15 Uhr: Das Zeitalter Beethovens im Spiegel der Kultur. 6. Abend. Vortrag Dr. Valerian Tornius: „Goethe und Beethoven“.
8.15 Uhr: Konzert und Rezitationen.
10 Uhr: Preisebericht und Sportfunk.
10.30 Uhr: Kunststille.

Witterungsansichten für Sachsen für die Zeit vom 9. abends bis 10.2. abends Wetterbericht wollig, teilweise etwas aufhellend; besonders im Gebirge geringer Schneefall nicht ausgeschlossen. Flachland mäßiger Nachtwind. Gebiete Fr. Temperaturen um 10 Grad. Vorwiegend östliche Winde. **Luftdruckverteilung:** Hohes Druck von den zeitlichen Inseln bis zum Schwarzen Meer. Kern über 770 mm. Deutsche Buch. Depression unter 780 mm. Mittelmeer. Kernosten nördliches und nordöstliches Europa. Jentzsch unter 750 mm, nordwestlich von Island.

Bereitschaftlich für den Dresdner und Ostthüringen. Freiwillige Feuerwehr Dresden für den gesamten übrigen Januar Rudolf Renner, Dresden. Druck: „Peugot“ Druckerei für Sachsen. **SLUB** Wir führen Wissen.

Aus dem Königsfriesischen Gymnasium

Frisch. Die Waisenrente sowie der Kinderzuschuß bei Invalidenrenten wird nur noch bis zur Vollendung des 15. Lebensjahrs gewährt. Der Kinderzuschuß sowie die Waisenrente wird jedoch dann weitergewährt, wenn das Kind sich in der Schule oder Berufsausbildung befindet, bis zum 21. Lebensjahr, und

Die Schlacht / Skizzen aus China

von Al. Kolloffow

Unter dem Himmel, der Schwartz wie Tasche war, erblühten die leuchtigen Rosen des Kaisers: purpurrot, orangegold, violet, färbten sie den Beginn der nächtlichen Demonstrationen und Razzias an, die zur neunjährigen Feier des roten Oktober veranstaltet wurden. Aus den am Hafen gelegenen Bezirken kam die Arbeiterjugend in Massen. Jähn entgegen marschierte, in Dunkel und tiefer Schweigen gehüllt, unter dem Scheine jüdischer Fackeln und dem Rascheln ihrer eigenen Fahnen die jugendliche Waffe aus den inneren Bezirken.

Die Hauptstadt des Landes, das die Seiten des internationalen Jochs und der internationalen Rückerziehung sprengte, feierte den neunten Oktober.

Der strenge Platz Kanton's tauchte in einem Meer von Lichtern unter, erlangt von jungen Kampfshunden, erzitterte mit peitschen Austrufen, die wie geschmolzenes Metall glühen.



Und es war ein Augenblick, ein Stiller, unvergesslicher: auf dem Breitengerüste, wo purpurrote und grüne Fahnen im Fackellicht wogen, erblöhte eine etwas heisere, näselnde Stimme. Heiterlich und überliefert rief sie laut:

"Das Wort hat Chui-Tsju. Chui-Tsju ist erst vor kurzem aus Moskau gekommen" ... Ganz still wurde es, und in der Stille hörte man das Rascheln der seidenen Fahnen ... die Plauderungen der Fackeln erhoben sich noch höher und in ihrem Scheine lächelte das jugendliche Gesicht Chui-Tsju's die Menschen an.

"Ich komme von Moskau", sagte er leise.

"Er kommt von Moskau", erwiderte es unten in der Menschenmasse. — Moskau — wie eine Freudentwelle ging es über den Platz ... "Dort habe ich die Lehren Lenins gelernt", sprach der Amme weiter.

"Er kennt Lenin", jaulten die Stimmen der jungen Hafenarbeiter.

"Lenin", flang es dort, wo die Schusslinien aufgestellt waren.

"Lenin liegt neben dem Kreml. Er liegt dort, liegt, wie wenn er leben würde, als ob er wärte, doch seine Lehren durch die ganze Welt gedrungen sind und auch zu uns ... Ich werde euch erzählen ..."

"Lauter!", erwiderte es in der Menschenmasse.

"Man hört nichts", klängende Kinderstimmen wiederholten es.

Chui-Tsju wollte lauter sprechen, aber seine Stimme reichte schon nach den ersten Worten nicht mehr aus und die ungeduldig, leidenschaftlich erwarten Worte des Knaben waren schon in den ersten Reihen nicht mehr zu verstehen.

Im Scheine der lodernen Fackeln, unter dem Rascheln der seidenen Fahnen bewegten sich Chui-Tsju's Lippen, bewegten sich seine mageren, zerbrechlichen Hände, so als ob er mit den Händen alles dies den Massen zu vertheilen gedenkte, was er nicht in Wörtern ausdrücken konnte.

Als er mit der Rede, die niemand gehört hatte, fertig war, und die Stimmenmassen immer höher schlugen, hoben die Hafenarbeiter den Knaben hoch auf, so hoch sie nur konnten, und trugen ihn zwischen den Fahnen den Massen voran.

Und er, der kleine, zerbrechliche Chinesenknafe Chui-Tsju, der unlängst aus dem fernen Moskau gekommen war und die Lehren Lenins kannte — war in dieser tosenden und flammanden Nacht das lebende Wahrzeichen heutiger und künftiger Siege.

★

Ein blühendes Dorf in Asien zu verwandeln ist leichter für Jen-Kai-Schin, viel leichter, als für einen gewöhnlichen Stecklichen, eine Pfeife zu rauchen. Er läßt Menschenblut ebenso ungeheuer fließen, als ein Blut sein fülliges Wasser.

Jen-Kai-Schin regiert in Anjchoi. Viele schreckliche Gedanken jerner Jahrhunderte sind im Gedächtnis der Menschen verborgen — aber diese Gedanken sind nichts im Vergleich mit der jüngsten Wirklichkeit, einer Wirklichkeit, die mit ihren klaffenden Wunden ächzt und stöhnt.

Im Juli 1926 kam zum Diktator Anjchois eine Deputation.

Sie bestand aus Studenten, Kaufleuten und Bauern. In ehrdienigen Worten sprachen die Delegierten von der Bedrohung der Bevölkerung zum mächtigen und unvergleichlichen Jen-Kai-Schin, teilten ihm ihre Bereitwilligkeit mit, sich all seinen diktatorischen Beschlüssen bereitwillig zu fügen, ihre Bereitwilligkeit, ihre Kinder und ihr Vermögen der Armee zur Verfügung zu stellen, baten aber gleichzeitig, die Massenhinrichtungen einzuhören, der schändlichen Misshandlung der Frauen und der funktionslosen Abschlachtung der Kinder Einhalt zu gebieten.

Jen-Kai-Schin hörte die Delegation bis zum Schluss an, er empfing sie in Gegenwart eines englischen Offiziers. Dann lagte er ruhig und weich, so wie mit denselben Tönen, in dem die Delegation zu ihm gesprochen hatte:

"Es gibt Hunde, die einem schwedeln, um sich mit ihren Zähnen fest in die Bader einzugraben. Ihr seid von solchen Hunden, ihr Aliens. Eure verpesteten Körper sind hier, bei mir ... aber eure Gedanken — sind bei den Rotenregimentern. Das ist das erste, das die Augen meiner Weisheit sehen. Das zweite, das die Augen meiner Weisheit sehen, ist der Überfluss an Menschen. Der Knabe gibt es viel Sand und viel Menschen. Der Sand ist unschädlich, weil er den Rotenregimentern nicht entgegengehen kann. Ihr seid schädlich, weil ihr euch danach sehnt, daß die Männer hierher kommen und weil ihr selber Männer seid, da ihr das Brot, das für die Armee bestimmt ist, wie Ratten fraßt. Und das dritte, das die Augen meiner Weisheit sehen — sind die schwächeren Körper derjenigen, die mich auf einen falschen Weg drängen und mich in Honig erfäulen wollen."

Und Jen-Kai-Schin ließ die Delegierten hinrichten.

Unverträglich schwer ist das Leben in Anjchoi, weil Jen-Kai-Schin dort regiert und durch drei Lieberläufe erbittert und in voller Wut ist. Er glaubt noch an einen Sieg, glaubt noch daran, was der englische Offizier ihm erzählt: die Armee Jen-Kai-Schins wird, in zwei Gruppen aufgeteilt, die Fronte der Kantonier erschüttern, wird sie zerreissen, sie vernichten, den Weg nach Kanton freimachen.

Vor dem Abmarsch sagten die Offiziere zu den Soldaten:

"Ja, eure Hütten sind verwüstet und euren Familien droht der Tod, aber Jen-Kai-Schin kennt keine andere Liebe als die Liebe zu seinen Soldaten. Er sagt euch: 'Soldaten, eure Verluste werden tausendfach in den wiedereroberten Ländern ersatz werden.'

Die Armee Jen-Kai-Schins bewegt sich den Kantonern entgegen. Er, Jen-Kai-Schin wird den Kampf aufnehmen und siegen. Der englische Offizier hat doch den Plan ausgearbeitet ... und vor dieser Weisheit erlöschen alle anderen strategischen Talente: Die Armee wird, bevor sie sich in zwei Gruppen teilt, einen Generalangriff machen, die Frontlinie wird punzenartig angebaut sein, an der nördlichen Flanke, die weit vorgeschoben sein wird, wird der Offizier eine große Artillerie und die besten Regimenter konzentriert. Alle anderen Abteilungen werden in Rückgratlinie von der linken Seite zurückgehen. Die Kantonier werden ganz nahe an die Linie herankommen. Der Kampf wird beginnen. Die gewaltige Waffe der nördlichen Flanke wird die Front der Kantonier durchbrechen und mit blitzeartiger Geschwindigkeit nach Süden marschieren um die Kantonier von Süden aus anzustreifen ... Die Armee Jen-Kai-Schin

Arbeiter Sport

Kulturelles Straußkriterium

Der Kreiszeitungsbund der Arbeitersportler sendet uns folgenden interessanten Beitrag: Im Reichstag hat man die große Moralpausen erkennen lassen. Zum "Schule" der Jugend, (auch der, die Körper- mit Gesellschaft verbündet), ist ein Gelehr durchgespielt worden, das sich gegen Schund und Schmuck wenden soll. Bei oberflächlicher Durchsicht dieses Geschehens versteckt man der Aufstellung kein, daß die Motivationsstift für die Erziehung der Jugend Maßnahmen zu treffen, auch bei den Leuten der anderen Seite erkannt werden ist. Auch wir sind der Meinung, daß endlich einmal im kapitalistischen Kulturschuppen aufgeräumt werden muß, in dem der Abfall einer im Sturm begeisterten bürgerlichen Kultur, wie Kino, Tanzen, Schundliteratur, Altbild und Kostüm, das Gute überwältigt hat. Wer sich aber einbildet, daß viele mit diesem Gesetz erreicht werden kann, der hat weit fehl. Es geht nicht um die Bildung und die geistige Erhebung der Jugend, nicht um Kulturreden, sondern um die Begeisterung für das Ideal, sondern das Gesamtideal ist der Zweck. Ein Kuratorium aus Vertretern der hochwohlbürgerlichen Bürgerlichkeit in Städten und Provinzstädten wird gebildet werden, um alle literarischen Ereignisse einer Beurteilung zu unterziehen. Bei der Zusammenziehung steht Praxis, Ausdrücke müssen wie jedoch von zuvorher, was es seit langen hat. Alle Werke sozialistischer Dichter und Schriftsteller, die uns die Welt zeigen wollen, wie sie ist, die uns die Wahrheit sagen wollen über alle natürlichen, gegenwärtigen und geschilderten Dinge, werden uns vorenthalten werden. Was braucht nun die arbeitende Jugend auf den Höhen der Eisenbahn zu wundern? Das junge Proletariat ist doch einzig und allein da, für billiges Geld Werte zu schaffen. Der geringe Willenskraft, den der junge Arbeiter besitzt, soll gestillt werden, auch im Schmucke vielseitige Schönheitsgäste oder durch die von weltlichen und fiktiven Sitten eingeschlossene Schichten, durch die die Jugend die Glücksfälle gelungenen Sklaverei eingefloßt werden, aus denen sich dann mit den Jahren die entsprechenden Gedanken und Gefühle — Gotteskirche, Autoritätsdurst, Informationsflogkeit usw. — entwindeln sollen, die alle der herrschenden Klasse die Möglichkeit des Ausbeutens geben. Solche Schwärme werden in Massen produziert und leider in Massen von den Massen gelesen.

Der arbeitenden Jugend zur Ungeniebigkeit verdorrtes Geistesbrot, dem Nachwuchs der bestehenden Klasse aber Tod und Tötung der Willenskraft geöffnet", das ist der Grundgedanke des neuen Schundgesetzes. Die Herrschenden wissen genau: Je weniger Willen, je mehr Dummkopf im Volk, desto williger die Massen desto ergiebiger die Ausbeutung, desto größer der Profit.

Ohne Flügel kann der Vogel nicht fliegen und ohne Welt der Mensch nicht denken. Soeben deshalb diesen Rechten zu erlösen, daß ich denken kann, daß ich ihre Absichten durchdrungen habe. Läßt auch nicht zu groß und ideenlosen Holzmenüs erniedrigen, die nur von Blödig leben und von Rechten nichts wissen wollen. Schmeißt allen bürgerlichen fiktiven Schund in den Ofen. Sagt ihnen, daß ihr Gelehr eine Missgeburt sei, das aber keiner denkenden Turner- und Sportlerjugend schaden darf und kann.

Es ist nicht verhaft zum Schutz der Jugend, sondern um alle geistigen Regungen der organisierten Jugend zu unterdrücken. Aber wir vertheidigen Der Selbstbehauptungsstreit der bestehenden Klasse zwingt sie zu diesem Vorzeichen. Immer deutlicher kommt ihr zum Bewußtsein, daß die Fundamente ihrer Ideologien und politischen Machstellung ernstlich zu monaten beginnen. Deshalb auch dieses Gesetz — ein Angstgekauft. R. P.

500 Tonisten ausgeschlossen

Die Ortsgruppe Schwenningen (Schwarzwald) des Tonistenvereins "Die Naturfreunde" wurde von der Reichsleitung unter Zustimmung des Zentralausschusses aufgelöst. Wie die Süddeutsche Arbeiterzeitung mitteilt, ist diese Auflösung auf Befehl des sozialdemokratischen Monarchen erlassen und vor der Auflösung hat eine sozialdemokratische Aktionierung stattgefunden.

Der sozialdemokratischen Spaltung der Arbeiterbewegung in Berlin, Württemberg, folgt nunmehr die Spaltung in Württemberg. Die Arbeitermänner müssen mit aller Energie diesen Spaltungen der Sozialdemokratie Einhalt gebieten. Aufgabe muß es sein, die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Ortsgruppe Schwenningen zu verlangen.

Zur Einheit der Arbeitersamariterbewegung

Wie die Tribune in Magdeburg mitteilt, hat der vorläufige VGD, der für die Einheit der Arbeitersamariterbewegung einztrat, in seiner letzten Versammlung endgültig sich für den Eintritt in den Arbeitersamariterbund entschieden. Die Aufnahme in den VGD ist vollzogen.

Rosshall. Turnspielabtg. Heidenau. Heidenau 1b gegen Riesa 1:6:4 (2:1). Die obigen Mannschaften trafen sich vom Anfang bis zum Ende einen flotten und spannenden Kampf. Die erste Halbzeit stand im Zeichen eines Mittelfeldspiels mit einer leichten Überlegenheit der Rieser. Die Hintermannschaft der Heidenauer war aber auf allen Posten gut belebt, insbeson-

dere der Torwächter hatte selten guten Tag, so daß es den Riesern leicht schwer fiel, Zählbares zu erzielen, was ja auch das Halbzeitresultat ausprägt. Nach Seitenwechsel änderte sich etwas das Bild; Heidenau brachte jetzt heftig, der Kampf gekämpft ist immer heftiger, so daß Riesa es nicht verhindern konnte, daß Heidenau als begreifliche Mannschaft das Spielfeld verließ. Den besten Anteil an dem Siege hat der gute Heidenauer Torwächter. Ein Unentschieden hätte dem Spielverlauf sicher entsprochen.

Heidenau 1. Jgd. gegen Riesa 1. Jgd. 8:0.

Die technisch bessere Mannschaft war die des Heidenauer. Durch eines Zulotes und Ballbehandlung hatten sie jederzeit das Spiel fest in der Hand. Der Sieg konnte leicht höher ausfallen, wenn die Heidenauer Silbermedaille vor dem Tor entzöglichen gehabt hätten.

R. P.

Pirna. Der Pirnaer Sportverein 1901 hat sich die Aufgabe gestellt, im laufenden Jahr auch Schülermannschaften ins Leben zu rufen, um dadurch das Ausbildung der Arbeitersportbewegung zu fördern und Zukunft zu schaffen. Wir erlauben uns diesjenigen Arbeiterschülern, welche ihren Kindern eine sportliche Erziehung sowie das Ausbildungsfest allegeben lassen wollen. Donnerstag, 10. Februar, abends 6 Uhr im Jägers Restaurant, Pirna. Reisekarte, zu einer Versprechung zu erscheinen, oder im Verbindungsfall den Kindern eine öffentliche Einwilligung mitzugeben.

Grossenpielmannschaft der 6. Gruppe des 2. Bezirks vom 4. Kreis Kreis Turner. Sonnabend, den 12. Februar im Restaurant Friedenshütte, Radeberg, abends 7 bis 8 Uhr Lehrstunde für Schülertypen, abends 8 bis 10 Uhr Versammlung für kleinliche Tambourine, unter Leitung des Bezirksschultheiters Heinz Pöhlitz. Das Erscheinen hierzu ist unbedingt ermuntert.

ATSpB, 2. Bezirk, Turn- und Sportverein Weißschule. Mittwoch, 9. Februar, abends 8 Uhr Sitzung der 1. Fußballmannschaft bei Voigt — Sonnabend, 10. Februar, Mannschaftssitzung bei Müller in der Wohnung. Nichterscheinen wird mit Schulungsstrafe belegt.

Turn- und Sportverein 1885. Mittwoch, 9. Februar, Spielausbildung 7:30 Uhr im Völkle.

Sp. u. Sp. 01. 12. Februar, 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Friedenshütte, Gerolzhof. 7. Alle Genossen sind eingeladen. — Donnerstag: Hallentraining Berufsschule. Mönchstraße 24a; abends 6—7 Uhr. Manuskripten: 7—8 Uhr. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Arbeiter-Andachtshausbund Solidarität, Nöhla, Dresden-Wilschitz. Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr Versammlung des Monatstums, Süßholzallee. Treffen derselbe 2,20 Uhr. Eintritt 60 Pf.

Fotogruppe Friedland. Freitag, den 11. Februar, abends von 6 bis 8 Uhr Tanzabend für Männer — Sonnabend, den 12. Februar, Tanzabend im Gasthof Pollental, Anfang 7 Uhr.

Fotogruppe im Verein für volkstümliches Wassersport. Am Donnerstag, dem 10. Februar, abends 7:30 Uhr Sitzung in der Geschäftsstelle Rihenbergstraße unsere Jugendversammlung statt.

Dresden-Cotta. Auf vieleitigen Wunsch wird der freie Männer- und Frauenchor Cotta seinen bunten Abend Freitag, den 11. Februar, wiederholen.

Arbeiterschach

Dresden. Die 3. Runde der Abteilungswettkämpfe brachte folgende Ergebnisse: Milden-Oppelnstadt-Käbsch 10:10; Leubnitz-Johannstadt 5:4; Neustadt-Schönau 9:5; Altstadt-Löbtau 2 9½:2½; Löbtau 1—Stieglitz 9:1. — Nach Schluß der 3. Runde steht sich folgender Stand der verschiedenen Abteilungen: Löbtau 1 = 34 Pkt.; Neustadt 22 Pkt.; Pöhlitz 25; Stieglitz 22; Altstadt 21; Johannstadt 18; Milden-Oppelnstadt 17; Leubnitz 12; Stieglitz 12; Käbsch 12 (Spieler 11); Löbtau 2 6; Löbtau 2 und Stieglitz 1 Punkt. — In der 4. Runde beginnen sich zum Kampf am Dienstag, den 12. Februar, Pöhlitz — Stieglitz; Mittwoch, 13. Februar, Käbsch — Johannstadt; Altstadt-Stieglitz; Stieglitz-Milden; am Freitag, 14. Februar, Leubnitz-Löbtau 2 und Löbtau 1—Neustadt. Gespielt wird im Hotel der erstgenannten; die Kämpfe beginnen abends 8 Uhr. Gäste herzlich willkommen.

Freizeit. Radeberg: Dem angekündigten Vortrag des Dresdner Schachgen. Roscher in der Alpenrose in Radeberg folgte ein Simultanpiel desselben Genossen (9:1) zu seinen Gunsten. Anschließend bildete sich eine neue Gruppe, die jeden Mittwoch in genanntem Hotel spielt. Am Clubmeisterschach errang E. Oswald mit 17 Pkt. vor Müller den 1. Platz. — Hellelauf: Das 1. Turnier seit Bekennen der Gruppe wurde beendet. Den Clubmeistertitel holte sich Weise vor Scheibe.

Gruppen und deren Spiellokale im Bezirk Berthelsdorf: Gößnitz-Linte (Kreisliga); Bruns-Erbisdorf; Zur Zufriedenheit (Kreisliga); Cobmannsdorf-Hainsberg; Rölt. Alter Bahnhof (Donnerstag); Freiberg; Zur Potomotive (Donnerstag); Großröhrsdorf; Käppler-Rölt. (Mittwoch); Obercärtendorf; Gasthof (Donnerstag); Tippoldiswalde; Rölt. Huthaus (Donnerstag); Schmöckwitz; Gasthaus Meuklitz (Mittwoch); Heidenau; Deutscher Kranz (Donnerstag); Hellerau-Königsche; Erbacher (Mittwoch); Kamenz; Gasthaus zum Löwen (Mittwoch); Röthenbachroda; Rölt. Bürgerarten (Dienstag); Pausa-Witzigsdorf; Zur grünen Linie (Donnerstag); Rohenau; Stadtcafé (Dienstag); Abt-Dölls; Jugendheim (1. und 3. Dienstag); Radeberg; Juchholz Rölt. (Kreisliga); Löbtau; Alpenrose (Mittwoch); Radebeul; Schatz Ede (Donnerstag); Tuttendorf; Gasthof (Donnerstag).

Anfragen und Anmeldungen bitte: Arbeiterschach am Hob. Bistro, Dr. 28, Wallstraße, 17.

Zentrale Befreiungsmaßnahmen

— Freital —

Freital. Donnerstag, den 10. Februar, ab 8 Uhr vormittags findet Verkauf von Rindfleisch im rohen Zustand auf der Freiluft im Stadthof Teubner, Feuerwehrhof, Wehrstraße, statt. Preis pro Pfund 50 Pf.

Der Rat der Stadt Freital, 9. Februar 1927.

Dank!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, beim Abschied unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers Herrn

Alfred Meinhardt

sagen wir hierdurch allen Freunden und Bekannten unserer herzlichsten Dank, besonders dem Chef, Familie Paul Maier, der I. Anstalt für das soziale Frühstückshaus, die die traurige Lage der jungen Republik, seinen lieben Mitbürgern von seinem "Gute Freunde" dem Arbeiter- und ander-Bund, Schmidauer, Gräme Lübeck, den Freudekern, der KdU Süd-West sowie den Haushältern vom Bürgerviertel, nicht zuletzt aber herzlichen Dank dem Feld-eiker Gesammt-Festen im sozialem trostvollen Worte am "Sarge des Abschiedenen".

Dresden-A., am 10. Februar 1927

Kreuzkirchplatz 1, port. links

In lieber Trauer

Ang. verw. Meinhardt nebst Hinterbliebenen

Volksbühne Pirna

Sonnabend, den 12. Februar 1927: Mitgliederversammlung im Saal des Realgymnasiums, Beginn 8 Uhr.

Montag, den 28. Februar: Gastspiel der "Chemnitzer Musikkomödie".

Marienbad kann jetzt in den Bänken zu haben (22. Most).

Theater am Wasaplatz

Montag, den 2. bis mit Montag, ab 14. Februar möglich 8 Uhr abends.

Veronica

Ein Frauenspiel im 4. Akt von Hans Müller

Die Rolle: Gie. Adels

Sonntag, den 13. Februar, nachm. 4 Uhr: Schneewittchen u. die 7 Zwerge

Matrosen in 10 Minuten

Im Saal ne gegen 8 m. abends 8 Uhr

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

Borwärts zum Angriff!

Gemeindevertreter im Bezirk der Amtshauptmannschaft Pirna!

Zur Wahl der Bezirksabgeordneten am kommenden Sonntag muss jeder Gemeindevertreter, der es ernst nimmt mit der Vertretung seiner wertvollen Wähler, ganz pünktlich in der anberaumten Sitzung erscheinen und seine Stimme in die Wagschale werfen.

für die Erwerbslosen und Ortsarmen,
für die Kriegsbeschädigten und Sozialrentner,
für die Wohnungslosen und Siebler!

Im alten Bezirkstag sah es für die kleinen Leute, für die Arbeiter, für die Häusler und Wirtschaftsbewohner, die kleinen Gewerbetreibenden usw. geradezu trostlos aus. In Pirna berührte auf dem Bezirkstag mit 16 Stimmen die äußerste Rechte gegen 10 Sozialdemokraten, die ihrer Parteidiskussion gemäß vor der entschlossenen Austragung jedes ernsthaften Konflikts seige zurückwichen.

Wer waren denn, beruflich gesehen, diese 16 Reactionären? Schaut euch das Wahlergebnis von damals etwas näher und seht hin an. Es jagen dort unten im Lager des Großbürgertums:

- 6 Gutsbesitzer (darunter 3 unbesoldete Bürgermeister),
- 4 auf Lebenszeit gewählte Bürgermeister,
- 2 Kaufleute,
- 1 Hufschmiedemeister,
- 1 Baumeister,
- 1 Bürgermeister im Ruhestand,
- 1 Unternehmer-Syndikus.

Wissen diese kleinen Leute, wie es dem einfachen Mann, dem erwerbslosen Arbeiter oder Angestellten, dem kleinen Wirtschaftsbewohner oder Häusler in der so schweren Gegenwart oft in Herz und Kopf bestellt ist? Das wußten diese Herrschaften schon früher nicht. Heute wirkt sich eine Mehrheit dieser honneter Gesellschaft für die Werktagen geradezu katastrophal aus. Darum in das Altersatorium mit solchen Puppen des feudalen Großgrundbesitzes und der Hochfinanz!

Wählt Vertreter der Werktagen!

Drei ganze Jahre konnten die bisherigen Bezirkstagsabgeordneten beweisen, was sie wollten und konnten. Und es sieht für die allermeisten Landgemeinden sehr mager aus — für die Gemeindesäuber noch düsterer — was die knochenharten Reactionäre brachten.

Was schul denn diese Junft in den letzten drei Jahren?

Nur einen Fall herausgegriffen. Das Kindergartenjahr wurde ab. Der Wiederaufbau wurde befehlens und 200 000 Mark hierfür bewilligt. Das Brandungsfeld wurde zum Glück für manchen Großverdienst. Ohne zu fragen, verhinderte der Bezirkstag einstmals 369 000 Mark für den Wiederaufbau, weil die Summe ganz einfach schon verausgabt war. Für dieses Geblümme ein ganz anderer Bau zum Besten vieler nothleidender und hilfsbedürftiger Kinder aufgerichtet werden. Von den hochkapitalistischen Unternehmen genierte sich nicht einer, den üblichen Gestamm in seinen großen Höhlenhallen verschwinden zu lassen. Ganz braucht für die Art und Weise, wie gehörsam hantiert wurde, zeigt speziell die Vergebung der Heizungsanlage. Ein Handwerker aus dem Nachbarort verantragte hierfür 24 000 Mark. Das war den maggelschen Persönlichkeiten nicht teuer genug. Die Arbeit mußte von einer großkapitalistischen Dresdener Firma für 36 000 Mark im Voranschlag vergeben werden. Das Ende vom Lied aber war, daß sich dieses anständige Großunternehmen für die geleistete Arbeit 61 000 Mark bezahlen ließ. Und dagegen mußte sein Vertreter der Bürgerlichen auf! Jeder dieser Vertreter schaute zu und ließ die Dinge geschehen!

Nun wird bei allem der neue Bezirkstag schweinlöst zusammen treten müssen, um einen Rückspruch zum Haushaltplan für 1926 zu beraten. Der Bezirk macht sich die Dinge sehr einfach. Durch Umlage holt er von den an und für sich blutleeren Gemeinden die Gelder, die von ihm in sehr kostspieligen Unternehmen vespuliert wurden. Ist das so recht?

Niemals! Darunter leidet jede Gemeindeaufgabe. Dabei wird die Selbständigkeit der Gemeinden erdrostet und die Mittel der Verfügungsberechtigung werden den Berordneten entzogen. Es verkümmert demgemäß die gemeindliche Fürsorge für alle zu Betreuenden. Die Straßen versinken in Dreck und Morast. Statt von der Reichsregierung über den sächsischen Staat die zulässige Verwendung der Kraftwagenverkehrssteuer (Automobilsteuer) für den Straßendau - Erweiterung und Vergrößerung —

DER SPITZEL

Von Maxim Gorki

(14. Fortsetzung.)

Der Uhrmacher Jakubow meinte, während er sich eine Zigarette anzündete:

„So ist's recht ... gib ihm noch was zu!...“

Die schielende Proletin Sina unterstützte den langen, hochwogigen Uhrmacher:

„Vielleicht wird er jetzt den Mund halten lernen... Kein Mensch auf dem ganzen Hofe hat Ruhe vor ihm...“

„Man sagt, er äfft die Leute ganz meisterlich nach?“ fragte Lewitsch Prinzips.

„Und ob!“ erwiderte die Kürschnerstöchin. „So ein kleiner Teufel, alle veripptet er!...“

Aus dem Schuppen tönte ein dumpfes Geräusch, als würde ein alter, mit weissem Inhalt gefüllter Sack über den Fußboden hin und her geschleppt. Dazwischen erscholl die fröhchende Stimme Räubins und Anatolij's immer hellener, immer heiterer klingendes Schreien:

„Verzeihen Sie mir ... oh ... erbarmen Sie sich ... ich tu's nicht wieder ... o Gott!“

Seine Worte wurden immer unverständlicher und flossen zu einem winselnden Söhnen und Schlügen zusammen. Lewitsch zog die unwillkürliche zusammen, er dachte an die Regel, die er leicht bekommen hatte. Das Gespräch der Zuschauer erwachte in ihm ein verworrenes Gefühl — es war bedächtigend, so mitten unter den Leuten zu stehen, die sich gestern noch über die Späße des kleinen Knaben belustigt hatten, und heute mit Vergnügen zuschauen, wie er geprügelt wurde. Jetzt erschienen ihm diese Zuschauer, von der Arbeit erschöpft, verärgerten Menschen verächtlicher, er war überzeugt, daß keiner von ihnen sich versteile, während er so mit aufrichtiger Rauigkeit auf die Qualen eines Menschen schaute. Ein wenig leid tat ihm wohl dieser Anatolij, doch war es ihm andererseits nicht unangenehm, sein Söhnen zu hören.

„Jetzt wird er friedlicher sein und sich eher mit mir beschäftigen,“ ging's ihm durch den Kopf.

Blößlich erschien einer der Kürschner — der Vorarbeiter Nikolai, ein kleiner, schwergelöder Mensch mit langen Armen, breit und rücksichtslos wie immer stieß er die Zuschauer zur Seite und betrat dann den Schuppen, aus dem alsbald der Ruf „Kinder rauschen!“ sich erneut lachte.

zu verlangen, größere Beihilfen auch für Wege und Fußwegherstellung zu fordern, wird in dieser Hinsicht nicht der Finger gerührt.

Auch im Wohnungsbau geht der Bezirk sehr eigenartige Wege. Am sogenannten Typenbau haben doch wohl weder die Wohnungslosen noch die Siebler ein Interesse. Das Blaue, was in dieser Frage hierbei vom Himmel heruntergeschwungen wird, soll doch wohl nur das spezielle Interesse eines Architekten verbergen! Mit der Verteilung des Mietginssteuerabflusses im Bezirk und ebenso mit der Vergabe der Staatsförderung können sich die meisten Gemeindevertreter durchaus nicht einverstanden erklären. Was hat denn ein Baumeister in solch einem Unterabschluß für Vergabe des Mittel zum Wohnungsbau zu suchen? Sucht er sich etwa dort seine Kunden zusammen, nachdem er diese Beihilfen herausgeholt hat?

Mit solcher bürgerlichen Wirtschaft, der Vorzugsstellung der Großen und Zurückziehung der Kleinen muß Schluß gemacht werden. Werktäglicher Gemeindevertreter der Amtshauptmannschaft Pirna! Erfüllt am Sonntag eure Pflicht! Schwemmt in die breite Front aller Werktagen! Stellt euch hinter die Kommunisten! Lohnt euch durch euren Geschrei betören — jahrelang konnten die bisher privilegierten Vertreter durch Handlungen, durch Anträge den Charakter ihrer Tätigkeit für die „Gesamtheit der Gemeindesäuber“ zeigen. An diesen Taten habt ihr die Vertreter der Großen erkannt. Wendet euch von ihnen. Stimmt für die Liste der Werktagen, die einzigt

für ausreichende Unterstützung aller Bedürftigen,
für Arbeitsbeschaffung zugunsten der Erwerbslosen,
für Wohnungsbau für Wohnungslose — nicht Willen,
für Zukünfte, mindestens billige Staatskredite der kleinen Landwirte, der kleinen Handwerker und Gewerbetreibenden.

- im 1. Wahlbezirk (Niederlößnitz) Liste 2
- im 2. Wahlbezirk (Dohna) Liste 1
- im 3. Wahlbezirk (Gottlieb) Liste 2
- im 5. Wahlbezirk (Schandau) Liste 5
- im 6. Wahlbezirk (Sedlitz) Liste 2.

Jahreshauptversammlung des Fabrikarbeiterverbandes Deutschlands, Aer- mischer Bund, Zahlstelle Meißen

(Arbeiterkorrespondenz)

Am 27. Januar fand die Jahres-Hauptversammlung des Fabrikarbeiterverbandes im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Amtsberichte, 2. Geschäfts- und Kassenbericht, 3. Neuwahl des Ortsausschusses, 4. Neuwahl der Ortsausschüsse, 5. Verbandsangelegenheiten. Die reichliche Tagesordnung hatte auch eine reichliche Mitgliedschaft herangefordert. Der Saal war nicht besetzt von 300 Mitgliedern. Der Film lautete: Wenn ich den Wundernfrage, er brachte auch sehr schöne Bilder, dauerte aber fast drei Stunden. Im Anbruch der zeitlichen Tagesordnung entschieden eine zu lange Zeit, und man geht wohl nicht fehl, wenn man behauptet, daß das in der bestimmten Abfahrt gelang, die Versammlung müde und interesslos zu machen für die folgenden Tagesordnungspunkte. In Punkt 2 erhielt das Wort Kollege Raumann. Seine Ausführungen gipfelten in der Überzeugung: Wir haben gekämpft wie die Löwen und konnten den Lohn auf seiner jetzigen Höhe halten. Für Lohnforderungen ist jetzt gar nicht die richtige Zeit, drum auf zur Hausorganisation. Die Versammlung verzichtete auf eine Aussprache und erließ dem Kollegen Dittmann Entlastung. Darauf ergriff Kollege Göbel das Wort zum Punkt „Verwaltungswahlen“ und präsentierte eine gedruckte Vorlagsliste, die er zur Annahme empfahl. Man glaubte, nun einfach zur Abstimmung überreichen zu können, aber drittere Enttäuschung harrte ihrer. Kollege Huschenteiter (Staall. Porzellan-Manufaktur) erklärte, daß er nicht zu sein, an Stelle des auf der gedruckten Vorlagsliste stehenden Kollegen Schwarz (Teileiter) den Kollegen Göbel (Staall. Porzellan-Manufaktur) vorzuschlagen mit dem Hinweis, daß die Staatliche zahlenmäßig starker sei und kommt ein Recht habe, eine Vertretung in der Verwaltung zu beanspruchen. Er bat die Versammlung, den demokratischen Gesetzgebungen gemäß seinem Vorlieben zuzustimmen. Da auf

einemmal wurde Leben. Was einen Kommunisten in die Verwaltung, untere Rufe hören? Das durch ihn aus nicht an. Wohl kommt ihr Vorholung machen, aber wir lehnen mit aller Entschiedenheit diesen kommunistischen Vorholung ab und erwarten von euch dasselbe. Das war der Wunsch der Kollegen Göbel und Uhlemann. Hieraus nahm Kollege Gundel das Wort und fügte aus: Man will euch das Vorholungs- und Abstimmungsrecht nehmen. Wie sind uns wohl in der Mehrheit darüber einig, daß die Gewerkschaften heute nicht mehr das sind, was sie jetzt sollen: eine Kampforganisation. Daß dem so ist, beweist ein Ausspruch des Kollegen Arndt: Klassenkampf, das ist eine Phrase, da sind wir längst darüber hinweg. — Nun gut, wenn Klassenkampf eine Phrase ist, da kann es nur das Gegenteil geben, und das ist Klassenharmonie. Was aber heißt das? Die Gewerkschaftsführer geben hin und bitten die Unternehmer, doch vernünftige Arbeiterpoltik zu treiben und bieten ihnen Frieden, Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftsdemokratie an. Und wie sieht diese aus? Die Arbeiterschaft spielt sie in ihrer ganzen Schwere: Nationalisierung (Massenentlassungen, Arbeitszeitverlängerung, Lohnabfall und Befreiung aller sozialen Einrichtungen überhaupt). Die Gewerkschaftsführer gehen hin zu Regierung und bitten die um Gesetze zum Schutz der Arbeiterschaft, ausgerechnet zur Regierung, die, wie jeder Arbeiter weiß, ausgesprochen reaktionär, eine Stütze des Sturzkapitals und der Schmerzindustrie ist. Kollege Uhlemann sagt, wir sollen nicht so nach den Parlamenten schauen und keine Politik in die Gewerkschaften tragen. Die führen der Gewerkschaften treiben ja Politik im Reichs- und Landtag. Und dieser politische Einfluß — das muß Pflicht der zu wählenden Kollegen sein — muß bekleidet werden, weil er von einer Seite kommt, die die gesamte sozialen Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit ablehnt. So sind die alten Sozialdemokraten, die ihren Stützpunkt in den Gewerkschaften haben. 90 Prozent der Gewerkschaftsanwälte haben teils organisiert, teils ideologisch auf dem Boden der Politik der Sozialdemokraten. Einer von diesen ist Kollege Uhlemann. Er bekannte sich offen zu diesen, ja, die alten Sozialdemokraten seien die einzigen, die wahre Arbeiterpoltik getrieben haben. Die Arbeiterschaft will mit solchen Führern nichts zu tun haben, sie lehnt sie ab.

Die Ausschüsse, von Kürmischer Zustimmung unterstützt, wurden am Ende durch Harten Befall ergänzt; und alle Verluste des Kollegen Göbel, den Kollegen Gundel am Spitzen zu hindern, schickten an der Geschäftsstelle und Einmündung der 300 anwesenden Kollegen. Ein sozialdemokratischer Kollege sprach darauf und erklärte die Nichtigkeit der Ausschüsse des Kollegen Gundel nicht zu leiden, da die Masse Mensch nicht kämpfen wollte. Es sprachen dann noch Kollege Sommer und Kollege Herzog. In seinem Schlusswort versuchte nun Kollege Uhlemann zu retten, was zu retten war, indem er in persönlicher, höchstlicher Weise die Kollegen Huschenteiter und Gundel angriß, von stürmischen Protesten der Versammlung unterbrochen. Das Wahlergebnis war ein Misserfolg vor dem Gewerkschaftsausschuß. Kollege Gundel wurde mit Stimmenmehrheit mit in die Ortsverwaltung und den Ortsausschuß gewählt. Der übrige Teil der Tagesordnung war bald erledigt und in glänzender Stimmung ging die Versammlung aus.

Gewerkschaftliches

Deutscher Baumgewerksbund.

Zugruppe der Steinleher und Hammer. Sonnabend, den 12. Februar, abends pünktlich 5 Uhr in den Annalen gemeinsame Mitgliederversammlung mit den Kollegen vom Steinleherverband. Tagesordnung: Berichterstattung von den Verhandlungen und Stellungnahme hierzu. Jedes Mitglied ist verpflichtet, in dieser wichtigen Versammlung anwesend zu sein. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß 7.30 Uhr das Zimmer anderweitig belegt ist. Die Radgruppenleitung.

Erwerbslose Holzarbeiter und Metallarbeiter sind verpflichtet, Mittwoch, den 9. Februar, die von den Verbänden einberufenen Erwerbslosenversammlung im Volkshaus Dresden zu besuchen.

Proletarische Gemeindevertreter-Konferenz

der Amtshauptmannschaft Zittau!

Sonnabend, den 12. Februar, abends 5.30 Uhr
in der Volksschule, Zittau.

Referat eines proletarischen Kommunalpolitikers:

„Die Ausgaben des Bezirkstages.“

Alle Kompositoren und proletarischen Gemeindevertreter müssen erscheinen.

Ptund Grenadierstraße
Selbmann's Haferkakao
60 Pt. und Filialen

„Los ihn los! Weg da!“
Zweimal hintereinander rief er's. Alle prallten plötzlich von der Tür zurück. Aus der Scheune sprang Räuber heraus, setzte sich auf die Erde, sah mit den Händen seinen Kopf und heulte, die Augen weit aufbrechend, mit keiner heiseren Stimme: „Schu... u... u...“

„Gehen wir, Lewitsch — fort von der Sünde!“ sagte der Prinzips und wandte sich ab von der Szene. Der Knabe zog sich nach dem Winkel an der Freitreppe zurück und beobachtete von da aus die weitere Entwicklung der Dinge.

Nikolai kam heraus. Auf den Händen trug er den kräftigen kleinen Körper des Knaben. Er legte ihn auf die Erde nieder, rückte sich auf und rief:

„Heda, ihr Weiber! W' wer her, faul's Pad!“

Sina und die Köchin liefen fort. Räuber, der immer noch am Boden lag, wackelte den Kopf in den Röden und scharrte dumpf:

„Mord und Totschlag ... Schuhmann!“

Nikolai wandte sich nach ihm um und kickte ihn mit dem Fuß gegen die Brust, daß er auf den Rüden fiel; dann schrie er laut, während seine schwarzen Augen blitzen:

„Gosdin! Ein Kind wird totgeschlagen ... und auch ist das eine Komödie! Ich schlag' euch allen den Schädel ein...“

Man antwortete ihm von allen Seiten mit lautem Geschrei, doch wagte niemand, sich ihm zu nähern.

„Ich will zur Polizei!“ erklärte der Prinzips Lewitsch.

Als der Knabe allein war, schlüpfte er, daß die Abrechnung gegen Anatolij nach Möglichkeit am, um sich klarzumachen, was er eben gegeben hat: es schaute nur so, daß der kleine Anatolij bei den Leuten beliebt war, tatsächlich war das nicht der Fall. Alle haben die Reaktion anders zu prügeln, kurz: alle sind grausam. Nikolai trat für Anatolij nur darum ein, weil es ihm Vergnügen macht, Räuber zu schlagen.

„Gosdin! Ein Kind wird totgeschlagen ... und auch ist das eine Komödie! Ich schlag' euch allen den Schädel ein...“

Man antwortete ihm von allen Seiten mit lautem Geschrei, doch wagte niemand, sich ihm zu nähern.

„Ich will zur Polizei!“ rief er.

Als der Knabe allein war, schlüpfte er, daß die Abrechnung gegen Anatolij nach Möglichkeit am, um sich klarzumachen, was er eben gegeben hat: es schaute nur so, daß der kleine Anatolij bei den Leuten beliebt war, tatsächlich war das nicht der Fall. Alle haben die Reaktion anders zu prügeln, kurz: alle sind grausam. Nikolai trat für Anatolij nur darum ein, weil es ihm Vergnügen macht, Räuber zu schlagen.

„Gosdin! Ein Kind wird totgeschlagen ... und auch ist das eine Komödie! Ich schlag' euch allen den Schädel ein...“

Man antwortete ihm von allen Seiten mit lautem Geschrei, doch wagte niemand, sich ihm zu nähern.

„Ich will zur Polizei!“ rief er.

Gesicht zu verändern pflegte, und ein deunstigender Gedanke tauchte in ihm auf: daß Anatolij vielleicht schon immer verdeckt gewesen ist.

... In den regnerischen Herbstnächten ließen sich auf dem Dach unter dem Fenster von Lewitsch's Zimmer allerhand leise, häuselnde Laute vernehmen. Sie störten Lewitsch im Schlafe und erzeugten in seinem Herzen eine seltsame Unruhe. In einer solchen Nacht vernahm er die erzürnte Stimme des Prinzips: „Schändliches Weibsbild!“ schrie er.

Raisa Petrowna entzogte wie immer mit leiser, singender Stimme:

„Ich kann Ihnen nicht gestatten, Matwoj Matwejitsch ...“ Die Tür zum Zimmer des Prinzips war nicht ganz zu, die Stimmen waren deutlich vernehmbar. Ein feiner Regen lang draußen leise sein weinerliches Lied. Uebet das Dach trock der Wind dahin; wie ein großer, nebliger, vom Unwetter ermarterter Vogel seufzte er auf und strich mit seinen feuchten Schwingen sonst über die Fensterscheiben. Der Knabe rückte sich im Bett auf, umschlang seine Arme mit den Armen und lächelte mit bedenkendem Herzen.

„Gib mir die fün

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost-Sachsen

DRESDEN-NEUSTADT

Biergroßhandlung
Seller / Limonaden
Ernst Glau
Dresden-N., Dörfelstraße
Telephone 80664 26044

Wasche / Schurzen / Frakologen
Strumpf- und Manufakturwaren

J. NATOWITZ
Louisenstraße 55 26085

Ernst Liebold, Röschlecherei
Oskarstraße 45 26084

"ALBEA"
Groß-Schuhreparatur - Anstalt
Kleine Meißner Gasse 2
Herrensohlen, normal Mk. 3.20
In Kettner, schnelle Lieferung
Annahmestellen in allen Städten

DRESDEN-JOHANNSTADT

A. KIRSTEN
UNREN / GOLDWAREN / OPTIK
Blasewitzer Straße 32 26086

DRESDEN-PIESCHEN

STRUMPF- UND WOLLWAREN
ALVIN KÜMMEL, Leipziger Straße 48
26084

DRESDEN-COTTA

Leder- und Kleidungswaren, Neu- und Umarbeitungen
Futter und Tapeten im Regenwald am Bahnhof

RADEBEUL

MODEHAUS A. REICHE
RADEBEUL-NIEDERLOSSNITZ
empfiehlt an allgemeinen Preisen, Kleiderstoffe
Wäsche - Konfektion - Herrenanzüge

Theodor Grosse
Haus- und Küchengeschäfte in be-
kannter Odele - Spielwaren

BISCHOFSWERDA

HOHLEFELDS
Arbeiter-
Bekleidungs-Geschäft

REICHENAU

Fleischerei
REINH. LEHMANN
empfiehlt seine
Fleisch- und Wurstwaren

EMIL BEINER
REICHENAU
Lebensmittel, Groß- und Kleinhandel

BROT- UND WEISSBACKEREI
K. DRÖSLER
HAUPTSTRASSE 492 26086

EBERSBACH

Hermann Sküberlich, Hauptstr. b. Kirche
Uhren & Goldwaren - Sämtliche Reparaturen

BAUTZEN

OSKAR VOIGT
empfiehlt seine
WEISS- UND FEINBÄCKEREI

Wendischer Graben 22 26086

W. Pleischmann, Wilthener Str. 43
Fahräder - Nähmaschinen
Zubehörteile - Reparaturen

HIRSCHFELDE

Else Wolff / Hirschfelde
Molkerei-Produkte

KARL KUHN, Pfarrgasse 186
Lebensmittelhaus

NEUGERSDORF

Hauptheit Roßfleisch
empfiehlt H. Koiba in sämtlichen Filialen

ADOLF SCHUSTER
Spezialkasse für Herren-, Damen- und Kinder-
bekleidung, Ausläufig nach Maß. Große
moderne Stoffhäuser, denkbar billige Preise

Emil Günzel, Neugersdorf
Eisenwaren und Werkzeuge

Fachoptiker G. Kerstan
am Hahnen 26086

Neugersdorfer Lichtspiele
Hirsch-Lichtspiele Seifhennersdorf
Erstklassige Programme, Inh. W. Grafe

HOMMELS SCHOKOLADENHAUS
Nur Ziske-Albert- u. Rosenthal, Siels
Misch geröst. Kaffee ausgew. Sorten

DRESDEN-NEUSTADT

ROBERT VIERTEL / MARKT 8
KOLONIALWAREN / KAFFEE-ROSTLIREI
SPIRITUOSEN / ZIGARREN / TABAKWAREN

Preiswerte Auswahl
in Kinder- u. Puppenwaren, Lederwaren
Gertrudverw. Quarg, Gerbergasse 2
26070

HUGO WENZEL
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
Burgstraße 81 26078

SCHUH-HAUS THORNER
Günstige Bezugsquelle
für Schuhwaren aller Art
Elbstraße 8 (Heinrichsplatz) 26079

Siegfried Heinemann, Pesa, Manufaktur- und
Wollwaren, Bücherei im Heinrichshaus

Musikhaus Gustav Häußer
Martinistraße 1 / Musik-Instrumente
aller Art / Saiten / Mu-System

DRESDEN-JOHANNSTADT

A. KIRSTEN

UNREN / GOLDWAREN / OPTIK

Blasewitzer Straße 32 26086

DRESDEN-PIESCHEN

STRUMPF- UND WOLLWAREN

ALVIN KÜMMEL, Leipziger Straße 48
26084

DRESDEN-COTTA

Leder- und Kleidungswaren, Neu- und Umarbeitungen

Futter und Tapeten im Regenwald am Bahnhof

RADEBEUL

MODEHAUS A. REICHE

RADEBEUL-NIEDERLOSSNITZ

empfiehlt an allgemeinen Preisen, Kleiderstoffe

Wäsche - Konfektion - Herrenanzüge

26084

Theodor Grosse
Haus- und Küchengeschäfte in be-
kannter Odele - Spielwaren

BISCHOFSWERDA

HOHLEFELDS

Arbeiter-
Bekleidungs-Geschäft

REICHENAU

Fleischerei

REINH. LEHMANN

empfiehlt seine

Fleisch- und Wurstwaren

26086

EMIL BEINER

REICHENAU

Lebensmittel, Groß- und Kleinhandel

26086

BROT- UND WEISSBACKEREI

K. DRÖSLER

HAUPTSTRASSE 492 26086

EBERSBACH

Hermann Sküberlich, Hauptstr. b. Kirche

Uhren & Goldwaren - Sämtliche Reparaturen

26085

BAUTZEN

OSKAR VOIGT

empfiehlt seine

WEISS- UND FEINBÄCKEREI

Wendischer Graben 22 26086

W. Pleischmann, Wilthener Str. 43

Fahräder - Nähmaschinen

Zubehörteile - Reparaturen

26086

HIRSCHFELDE

Else Wolff / Hirschfelde

Molkerei-Produkte

26086

KARL KUHN, Pfarrgasse 186

Lebensmittelhaus

26086

NEUGERSDORF

Hauptheit Roßfleisch

empfiehlt H. Koiba in sämtlichen Filialen

26086

ADOLF SCHUSTER

Spezialkasse für Herren-, Damen- und Kinder-
bekleidung, Ausläufig nach Maß. Große

moderne Stoffhäuser, denkbar billige Preise

26086

Emil Günzel, Neugersdorf

Eisenwaren und Werkzeuge

26086

Fachoptiker G. Kerstan

am Hahnen 26086

Neugersdorfer Lichtspiele

Hirsch-Lichtspiele Seifhennersdorf

Erstklassige Programme, Inh. W. Grafe

26086

HOMMELS SCHOKOLADENHAUS

Nur Ziske-Albert- u. Rosenthal, Siels

Misch geröst. Kaffee ausgew. Sorten

26086

MEISSEN a. E.

MESSOW & WALDSCHMIDT NACHF.
Adolf Sternberg / Elbfabrik
Kunz-, Weiß-, Welt- und Manufakturwaren

26078

Molkerei Meißen

e. G. m. b. H.

Robert-Kurtz-Straße 7

26072

Fell-Einkauf

RICHARD HEMPEL

Burgstraße 8 26078

CURT BROSCHEWITZ, Kaiserstraße 6

Lederwaren - Polstermöbel

26078

P. W. BIER

billige Bezugsquelle für Kolonialwaren

Hahnemannplatz 12 26078

GROSS- UND KLEIN-ZSCHACHWITZ

Bier-Großhandlung Mor Böhle

26078, Simonstr. 15 / Tel. Niederlößnitz 26083

Glaschen- und Fassbier

26078

Kaufhaus Günther

Leipziger Straße 12 26078

Milch- u. Butterhandlung

F. Vollmann 26078

Adler-Drogerie

Eugen Thöni, Puhelimpfplatz

26078

LOSAU

KARL EISNER

Konfektionshaus

Fernspr. 2346 / Nicolaistraße 8 26078

EMIL SCHRAMM

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

Altmarkt 12 26078

Linda Koban

Lebensmittelhaus, Haussstraße 8 26078

Fritz Weiß, Feinbäckerei